

Landarbeiter-
u. Kleinbauern-
Beilage

Arbeiter Zeitung

Wochensend-
ausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Nazi-Attentate am laufenden Band

Im Bezirk Görlitz 17 nationalsozialistische Anschläge aufgedeckt — In Braunschweig Eisenbahnattentate durch Nazi — Bahnpolizei organisiert!

Breslau, 21. Oktober.

Die Justiz-Pressestelle Breslau übergibt uns oben folgende Mitteilung:

In der Nacht zum 9. und 10. August 1932 sind im Landgerichtsbezirk Görlitz in verschiedenen Orten Terrorakte verübt worden, die zum Teil mit Sprengstoffen und Schusswaffen ausgeführt wurden. Einige dieser Pöble sind besonders schwerer Natur. Nur besonders glücklichen Umständen ist es zuzuschreiben, daß nur in einem einzigen Falle ein Mensch ums Leben gekommen ist.

Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der sofort in Angriff genommenen schwierigen Ermittlungen sind bisher folgende Fälle bekannt:

1. Zwei Anschläge mit Handgranaten auf einen Reichsbannerführer und das Büro der SPD in Penzig.
2. Pistolenschläge auf das Verkehrslokal der NSDAP in Sohra.
3. Pistolenschlag auf den Gärtnereibesitzer Becker in Sohra.
4. Pistolenschlag auf das Verkehrslokal der NSDAP in Tiefenfurt.
5. Ein zweiter Anschlag gegen den Sägewerksbesitzer Halpau in Tiefenfurt. Kam wegen Störung nicht zur Durchführung.
6. Einwerfen von 3 Fensterscheiben bei dem Malermeister Mikan in Alt-Kohlfurt.
7. Einwerfen von Fensterscheiben bei dem Glasermeister Kriebel in Alt-Kohlfurt.
8. Einschlagen von Fensterscheiben mit zwei 3 m langen Balken sowie Einschlagen eines Ladenfensters beim Konsumverein in Alt-Kohlfurt.
9. Einwerfen von drei Fensterscheiben beim Glasermeister Laube in Alt-Kohlfurt.
10. Schuß in ein Fenster des SA-Heimes. Die Geschädigten zu Kohlfurt von 6-9 gehören Linksparteien an. Bei den Anschlägen zu 6 und 7 wurden auch Schüsse abgegeben, um die Einwohner zu erschrecken und von der Verfolgung abzuhalten.
11. Einwerfen der Schaufensterscheibe des Konsumvereins in Rauscha.
12. Einwerfen einer Fensterscheibe des Hauses des Schmiedemeisters Georg Seeliger in Kieslingswalde.
13. Werfen mit Steinen gegen das Haus des Lagerhalters des Konsumvereins in Kieslingswalde.
14. Werfen von Steinen gegen das Haus des Korbmalers Eifner in Kieslingswalde.
15. Werfen mit Steinen gegen das Haus des Straßenwärters Preuß in Kieslingswalde.
16. Einwerfen von zwei Fenstern bei der Witwe Hiller in Kieslingswalde.
17. Einwerfen einer Fensterscheibe eines un-

bewohnten Hauses, das dem Konsumverein gehört, in Sohneudorf.

Die Ermittlungen über die weiteren Terrorakte sind im Gange. Weitere Einzelheiten können im Interesse der Untersuchung zur Zeit nicht gegeben werden.

Es hat den Anschein, als ob die auf die SA-Heime und Angehörige

der NSDAP verübten Terrorakte der Ablenkung dienen sollten.

Insgesamt ist gegen 19 Angehörige der SA der NSDAP Haftbefehl erlassen worden. Unter diesen befinden sich 1 Sturmbannführer, 3 Sturmführer, 2 Sturmgeleitverwalter, 2 Truppführer, 4 Scharführer.

Reichsbahn-Skandal

Bei der Reichsbahn ist ein Skandal entpuppt worden, wie er ungehörig nicht gedacht werden kann. Ein Reichsbahninspektor und ein Eisenbahnsekretär beider Nationalsozialisten, sind verhaftet worden, weil sie Eisenbahnattentate inszeniert, verbrecherische Anschläge auf das Leben der Reisenden und auf die Sicherheit der Bahnanlagen durch Prämien gefördert und die zur Ermittlung der Anschläge ausgesetzte Belohnung sich selbst zugeschanzt haben!

Vor einigen Jahren fanden in der Nähe von Braunschweig

Dutzende von Attentaten auf Eisenbahnsignaleinrichtungen sowie Beschädigungen von Zügen, Sperrungen der Gleisanlagen durch Steine und Eisenbahnschwellen usw. statt. Zahlreiche Personen wurden dabei verletzt. Schon damals hatte man den Verdacht, daß diese Attentate nur von fachkundiger Hand ausgeführt sein konnten. Jetzt hat sich diese Vermutung in einer kaum geahnten Weise bestätigt.

Verhaftet wurden Reichsbahninspektor North in Berlin und Eisenbahn-Obersekretär Neth in Braunschweig. Beide haben zusam-

men mit der nationalsozialistischen Bahnpolizei im Lande Braunschweig Eisenbahnattentate inszeniert.

North, früher Leiter der Reichsbahnpolizei bei der Reichsbahndirektion Magdeburg, war von der Reichsbahnleitung beauftragt worden, in Braunschweig die Bahnpolizei zu überwachen und vor allen Dingen den in der Bevölkerung gegen diese Bahnpolizei aufgetauchten Verdacht aufzuklären, daß die Bahnpolizei aus Furcht vor Abbau die Attentate selbst ausführte.

Statt durchzugreifen, machte North mit den verbrecherischen braunschweigischen Beamten gemeinsame Sache.

Außerdem begingen die verhafteten Beamten umfangreiche Unterschlagungen, vor allem durch Fälschung von Lohnlisten. Die Verhaftung von North und Neth erfolgte zunächst wegen dieser Unterschlagungen, falschen Buchungen und Urkundenfälschungen, doch muß das Verfahren natürlich auch auf die Beteiligung an den Attentaten ausgedehnt werden. Mit weiteren Verhaftungen ist zu rechnen.

Breslauer Metallschieds- spruch abgelehnt

82prozentige Streikmehrheit bei der Urabstimmung

Die Metallarbeiter Breslaus haben durch eine am Donnerstag durchgeführte Urabstimmung den Schiedsspruch des Schlichtungs-Ausschusses, der Lohnkürzungen und Akkordverschlechterungen vorsah, mit 82 Prozent aller Abstimmenden abgelehnt.

Seit Juli dieses Jahres bestand in der Breslauer Metallindustrie formell ein tarifloser Zustand. Jedoch haben die Unternehmer faktisch den alten Tarif bisher eingehalten, aber in verschiedenen Verhandlungen dauernd versucht, den Tarif mit großen Verschlechterungen neu abzuschließen. Vor einigen Tagen wurde nun vom Breslauer Schlichtungs-Ausschuß ein Schiedsspruch gefällig, der folgendes vorsah:

Herabsetzung der Zeillöhne in den Maschinenbetrieben um 2 Prozent, in den elektrotechnischen Betrieben soll der Zeillohn für Monteur auf 70,5, für Hilfsmonteur auf 66,5 Pfg. gesenkt werden, was auf eine weit größere Verschlechterung als in den Maschinenbetrieben hinausläuft. Als sehr fragwürdigen „Ersatz“ für diesen Lohnabbau sollen die willkürlich vom Unternehmer festzusetzenden Leistungszulagen für die Arbeiter in den elektrischen Betrieben von maximal 12½ auf maximal 20 Prozent erhöht werden.

Ist schon dieser Lohnabbau bei den ohnedies niedrigen Zeillöhnen einfach unerträglich,

so sind die Verschlechterungen in der Akkordfestsetzung unannehmbar. Die sehr umfangreichen Bestimmungen im Schiedsspruch sind so unklar gehalten, daß in der Praxis die Unternehmer in den meisten Fällen eine willkürliche Akkordfestsetzung bzw. Akkordreduzierung vornehmen können. Besonders die Akkordbestimmungen des Schiedsspruches sind es, die — zumal die große Mehrheit im Akkord arbeitet — die Arbeiter zur Ablehnung des Schiedsspruches veranlaßt hat. Schon eine vorhergehende Funktärkonferenz hatte den Schiedsspruch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Mit der jetzigen Urabstimmung ist die nach dem DMV-Statut vorgeschriebene qualifizierte Dreiviertel-Streikmehrheit erreicht. Es wird sich nun zeigen, ob die Unternehmer auf dem Lohn- und Akkordabbau bestehen bleiben wollen oder ob sie der Forderung des Metallarbeiterverbandes, den bisherigen Tarif unverändert weiter gelten zu lassen, anerkennen. Bestehen die Unternehmer auf dem Abbau, dann kann es nur den Kampf, den Streik geben. Es ist daher notwendig, daß sich die Metallarbeiter sofort in allen Betrieben auf den Streik einstellen und unverzüglich die dazu notwendigen Vorbereitungen treffen.

Nationalsozialisten und Landbevölkerung

Es ist bekannt, daß die Nationalsozialisten besonders bei den Wahlen in diesem Jahr ihren größten Zuwachs auf dem Lande erzielten. Es gibt Hunderte von Landgemeinden, wo die Hitlerpartei bei der letzten Reichstagswahl allein die große Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte. Ja, es gibt Kleinbauern-Ortschaften in Süddeutschland, in der Mark Brandenburg und in anderen Gebieten des Reiches, wo bis zu 90 Prozent aller abgegebenen Stimmen nationalsozialistisch waren.

Diese Tatsache beweist, daß es die Nationalsozialisten glänzend verstanden haben, mit ihren Phrasen und demagogischen Versprechungen die Bauern und große Massen der Landarbeiter für sich einzufangen. Doch es wäre falsch, etwa anzunehmen, daß dies nur an der geschickten und demagogischen Agitation der Nationalsozialisten liegen würde. Die Ursachen liegen tiefer. In dem Massenzustrom der Landbevölkerung zur Hitlerpartei kommt die Empörung gegen die furchtbare wirtschaftliche Not und den Betrug, den alle bürgerlichen Parteien und auch die Sozialdemokratie an den Kleinbauernmassen verübt haben, zum Ausdruck. In vor wenigen Jahren haben die großen Massen der Kleinbauern deutschnational, volkparteilich, demokratisch oder sozialdemokratisch gewählt. Alle diese Parteien waren die ganzen Jahre abwechselnd an der Regierungsmacht, aber keine von ihnen hat die großen Versprechungen, die sie den Bauern machte, gehalten. Die Lage der Bauern wurde von Jahr zu Jahr schlechter.

Das ist gewiß nicht spezielle Schuld dieser oder jener der genannten Parteien, sondern es ist die Folge der kapitalistischen Wirtschaft, die von diesen Parteien vertreten und verteidigt wird. Die verheerenden Folgen der kapitalistischen Wirtschaft aber zeigen sich in der seit Jahren andauernden Krise in einer für die Bauern besonders katastrophalen Form. Einerseits wird in der ganzen Welt die Agrarproduktion immer mehr großkapitalistisch betrieben, wobei der Kleinbauer mit seiner primitiven Produktionsweise, mit seinem für großzügigen Maschinenbetrieb viel zu kleinen Besitztum, nicht konkurrieren kann. Andererseits sind infolge der kapitalistischen Krise die Löhne und Einkommen der großen Masse der städtischen Bevölkerung, die die hauptsächlichsten Konsumenten der kleinbäuerlichen Produkte sind, immer mehr heruntergedrückt worden, so daß sie beim besten Willen diese Produkte nicht mehr kaufen kann.

Die Großagrarien, die auf der einen Seite von dem mangelnden Massenabsatz auch betroffen wurden, werden auf der anderen Seite als Angehörige der herrschenden Klasse vom Staat mit riesigen Subventionen und Liebesgaben ausgehalten. Die Masse der Kleinbauern dagegen bekommt nichts als immer neue Steuern. An ihr blieb alles hängen, so daß sie heute überverschuldet ist und genau so wie der Arbeiter in der Stadt der größten Not ausgesetzt ist.

Der einzige Ausweg für die Bauern wäre schon seit vielen Jahren die vollkommene Umgestaltung der gesamten Wirtschaft, die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft und Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Der sozialistische Staat allein nur kann, wie Sowjetrußland zeigt, dem Kleinbauern die notwendigen Maschinen liefern und ihm auch den sicheren Absatz seiner Produkte garantieren. Er allein ist auch nur imstande, die vielen Kleinwirtschaften der Bauern zu planmäßigen und ertragreicheren Kollektivwirtschaften zu überführen, in der der Landarbeiter und Kleinbauer vom Arbeitstier zum freien Menschen gemacht wird.

Der notwendige sozialistische Ausweg wurde aber nicht besprochen, weil die sozialdemokratische Partei den Sozialismus vertrat und sowohl der Arbeiterklasse wie den Bauern gegenüber die für beide Teile gleich schädliche kapitalistische Wirtschaft aufrecht erhalten und verteidigt hat.

Warum aber sind dann die Kleinbauern nicht zu der kommunistischen Partei gegangen, die doch nach dem Verrat der

Sozialdemokratie die gegebene revolutionäre Partei sein sollte? Die Ursache liegt darin, daß zwar die kommunistische Partei dauernd von der Revolution spricht, auf Sowjet-Rußland als Beispiel hinweist, aber in Deutschland selbst sowohl den großen sozialdemokratischen Arbeitern als auch den Bauern gegenüber keine wirklich revolutionäre Massenpolitik betreibt, sondern sich in unzulässigen die arbeitende Bevölkerung zersplitternden Sonderaktionen erging, die wirkliche Front der arbeitenden Klasse sabotierte.

So lieb scheint für die Bauern nur die nationalsozialistische Partei. Sie hatte es sehr eifrig, in dieser Situation die Bauern für sich einzufangen. Sie brauchte nur auf alle die von den Bauern ohnedies verhaßten Parteien kräftig zu schimpfen und die politisch sehr wenig zufriedenen Bauernmassen mit den radikalsten Versprechungen zu lockern. Und was haben die Nationalsozialisten den Bauern nicht schon alles versprochen! Sie wollten sie von allen drückenden Steuern befreien, sie wollen ihnen ihre riesigen Schulden und Hypotheken abnehmen, für null und nichtig erklären, denn angeblich sind es ja nur die „großen Bankgelder“, die die Bauern in Zinsknechtschaft halten. Ja, sie versprochen den landhungrigen Bauernsöhnen Siedlungsland, den Bauernmodernen, die weil es zu wenig hehrtsfähige Männer gibt, bisher sich nicht verheiraten konnten, einen Mann — kurz, es gab keinen Wunsch der bedrückten Landbevölkerung, den die Nationalsozialisten jetzt oder im „Dritten Reich“ nicht zu erfüllen versprochen. Das hat bei der Landbevölkerung seine Wirkung. Sie sagte sich: es muß auf jeden Fall anders werden, bisher haben uns alle anderen Parteien betrogen, es kann also bei Hitler nicht schlimmer, sondern nur besser werden. Das ist zwar falsch, aber doch die Erklärung für den ungeheuren Zustrom zur Hitlerpartei auf dem Lande.

Inzwischen sind aber die Nationalsozialisten in verschiedenen Länderstaaten des Reiches an die Herrschaft gelangt, sie haben seit zwei Jahren im Reichstag wie in allen anderen Parlamenten riesengroße Fraktionen. Was aber haben die Nazis für die Kleinbauern geleistet? Nichts! Sie haben bis vor kurzem mit den von ihnen jetzt so sehr bekämpften Herrenklub-Leuten zusammengearbeitet und nicht daran gedacht, ihre den Bauern gemachten Versprechungen zu erfüllen. Ja, sie erklären schon jetzt dem Großkapital, daß sie auch die inneren und äußeren Schulden anerkennen, das heißt die „Zinsknechtschaft“ aufrechterhalten werden. Und jetzt, da die Hitler und Konsorten von der Herrenklub-Regierung übers Ohr gehauen worden sind, versuchen sie, mit der von ihnen bisher so sehr beschimpften „schwarzen Pest“, mit dem Zentrum, zu kühnhandeln und auf diesem Weg die Herrschaft an sich zu reißen. In jedem Fall aber sind ihre Anhänger, die Bauern, von ihnen noch schlimmer betrogen als bisher.

Bei der Landbevölkerung dauert es immer etwas länger als bei der Stadtbevölkerung, bis sie die politischen Vorgänge erkennt und begreift, daß sie betrogen worden ist. Können die Nationalsozialisten schnell zur Macht, dann käme die Einsicht für die Bauern zu spät. Es ist daher notwendig, daß sie jetzt, ehe Hitler entweder allein oder mit anderen zusammen an die Regierungsmacht kommt, erkennen, daß sie ihren schlimmsten Feinden ins Garn gelaufen sind. Sinn und Zweck der nationalsozialistischen Partei, der Faschisten ist es, mit brutaler Gewalt, mit blutigem Terror gegen Arbeiter und Bauern die bankrotte, für die Arbeiterklasse und das Kleinbauertum gleich katastrophale kapitalistische Wirtschaft aufrechtzuerhalten. In einer faschistischen Wirtschaft, im „Dritten Reich“, würde die Not der Bauern nur noch schlimmer werden. Daher: keine Stimme den Nazis mehr! Die Bauern und Landarbeiter können sich ihre Freiheit nur erkämpfen, wenn sie gemeinsam mit dem Industrieproletariat gegen die ganze kapitalistische Herrschaft, gegen Papen, Hitler, „schwarze Pest“ und SPD den revolutionären Massenkampf für eine sozialistische Wirtschaft führen. Das ist Ziel und Weg der Sozialistischen Arbeiter-Partei.

Eine neue Lutherrede Gegen Kontingentspolitik — aber sonst für Papenprogramm

Reichsbankpräsident Luther hat eine Tagung des Ueberseesklubs in Hamburg benützt, um seine Stellung zu den gegenwärtigen Wirtschaftsfragen und seine Anti-Kontingentspolitik darzulegen. Wie bei allen seinen Reden der letzten Wochen predigte Luther auch jetzt wieder „Wirtschaftsoptimismus“, der große Schrumpfungprozess in der Wirtschaft „hätte auch in Deutschland aufgehört“ (!) Man müsse „Geduld“ haben. Zur Kontingentspolitik erklärt Luther: Die deutschen industriellen Anlagen seien größtenteils auf die Produktion von Ausfuhrartikeln eingerichtet, die der Binnenmarkt nicht oder keinesfalls in der gleichen Menge gebrauchen könne. Eine Umstellung der Industrie auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes würde infolgedessen eine Krise hervorrufen, nach der Deutschland jetzt kein Verlangen haben sollte. Für die praktisch übersehbare Zukunft müsse damit gerechnet werden, daß weiteres Absinken der Ausfuhr neue Erwerbslosigkeit und neue Entwertung deutschen Volkseinkommens bedeute.

Luther ist der klarste Exponent des Industrie- und Finanzkapitals. Inwieweit es ihm und dem Großkapital gelingt den agrarischen Einfluß in der Reichsregierung zurückzudrängen, wird die Zukunft lehren. Auf jeden Fall aber ist Luther alles andere als ein Arbeiterfreund.

Nazi-Schaumschlägerei

Ein sogenanntes Wirtschaftsprogramm der NSDAP

Seit Jahren hat die Hitlerpartei ein sogenanntes Wirtschaftsprogramm, verfaßt von ihrem „Theoretiker“ Herrn P. Strasser. Doch das Bezeichnende an diesem „Programm“ ist, daß es jeden Tag anders aussieht, mit jeder neuen Wirtschafts-Rede von P. Strasser, Wagner in anderer Posen erscheint und jeder „Führer“ das, je nach der Zuhörerschaft, anders auslegt. Nur das eine „Bleibende“ daran ist, daß das hundertmal veränderte und einmal kapitalistisch, das andere Mal arbeiterfreundlich ausgelegte Programm immer nur aus unsinnigen Phrasen besteht. Leere Phrasen und nie etwas Greifbares, dieser Charakter des „Programms“ ist nicht etwa zufällig oder nur aus Unfähigkeit der Verfasser entstanden, sondern Absicht. Würde das Programm nur auch zu einer heute praktisch stehenden Frage, z. B.: Wie Arbeitsbeschaffung, wie die vielen Milliarden von Mitteln und Krediten aufzubringen? dann müßte entweder die Gegnerschaft der Unternehmer oder der Arbeiterklasse allzu kraft entstehen, denn gerade diese beiden Gruppen haben diametral entgegengesetzte Interessen. Man will aber diesen unüberbrückbaren Gegensatz mit Phrasen überkleistern.

So ist auch die neueste Wirtschaftsprogramm-Macherei der NSDAP zu bewerten, die in nachstehender Meldung des nazifreundlichen Conti-Büros zum Ausdruck kommt:

Berlin, 20. Oktober.

CNB. Auf der Kundgebung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen gab Gregor Strasser überraschend (!) große Teile des Wirtschaftsprogramms der Nationalsozialisten bekannt. Der wirtschaftliche Aufbau der Nationalsozialisten sei fundiert auf folgende Grundforderungen:

1. Arbeitsbeschaffung, 2. produktive Krediterschöpfung (Kreditvermehrung im Ausmaß von ca. drei Milliarden), 3. staatliche Kontrolle des Geld- und Kreditwesens 4. die Entschuldung der Wirtschaft, 5. Zinssenkung, 6. Wiederherstellung des deutschen Staatskredits.

An die Stelle der illiquiden Finanzwechsel, die heute bei der Reichsbank auf Golddeckung liegen, treten Produktionswechsel und Regierungssicherheit, die ein gesundes Durchbluten der Wirtschaft herbeiführen und den Geldstrom in bestimmten Zeitabständen wieder zur Reichsbank zurückleiten, nämlich

Sturmszenen im Wiener Parlament

Wien, 20. Oktober.

WTB. Die heutige Sitzung des Nationalrates nahm nach der Einbringung des Budgets für 1933 bei der Begründung des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages und des Antrages auf sofortige Auflösung durch Bürgermeister Seitz einen immer unruhiger werdenden Verlauf und endete schließlich mit einem offenen Konflikt zwischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und dem Abgeordneten Seitz.

Bürgermeister Seitz kritisierte die Zusammensetzung der Regierung, deren Handels- und Devisenpolitik nur vom parteipolitischen Interesse gelenkt werde und Industrie und Gewerbe zu Grunde richteten. Mit Rücksicht auf die Heimwehr, fuhr Seitz fort, sei jetzt das Aufmarschverbot gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten ohne Geltung für die Heimwehr verfassungswidrig erlassen worden. Wenn Dr. Dollfuß auch gerne das Beispiel Deutschlands nachahmen möchte, das Volk in Oesterreich lasse sich nicht verfassungswidrig behandeln. Wir wollen keinen Krieg und keinen Bürgerkrieg, erklärte Seitz, aber wenn wir mit Gewehren angegriffen werden, wird sich die Arbeiterschaft mit Gewehren verteidigen. Da die Heimwehr Waffen besitzt, kann auch der Schutzbund nicht ungerüstet sein und sich totschießen lassen. (Diese Worte entfesselten langandauernden Lärm, Pfuirufe rechts und Gegenrufe links.)

Als Seitz die Justiz als Dirne der Regierung bezeichnete, rief Bundeskanzler Dollfuß erregt: „Sie haben den Richterstand beleidigt“ und verließ den Sitzungssaal. Es entstand stürmischer Lärm, Pfuirufe wurden rechts laut gegen Seitz, von links hörte man andauernde Rufe: „Auflösen!“ Darauf gingen auch die anderen Minister und die Regierungspartei aus dem Saal. In ihrer Abwesenheit schloß Seitz seine Rede mit den Anträgen auf das Mißtrauensvotum und auf Auflösung.

Als Seitz geendet hatte, betrat der Bundeskanzler mit den Ministern und den Mehrheitsparteien wieder den Saal und erklärte: Die Rede des Bürgermeisters Seitz ist in manchen Teilen von solchen Entgleisungen begleitet gewesen, auf die zu antworten ich unter meiner Würde halte, und verließ neuerdings den Saal. Unter andauernder Unruhe wurde die Sitzung geschlossen.

Parlamentsauflösung auch in Dänemark?

Kopenhagen, 20. Oktober.

WTB. Den Morgenblättern zufolge scheinen sich die Verhandlungen im Folkething-Ausschuß über die von der Regierung vorgelegte neue Handels- und

bei Einlösung der Produktionswechsel und der Schatzwechsel.

Eine Änderung des Reichsbankgesetzes sei erforderlich, daß die Autonomie der Reichsbank beseitigt und die unzulässigen, längst durchbrochenen Bindungen an dem Fremdkörper, das Gold, löst (!). Der gesamte Geldverkehr müsse unter der Hoheit des Staates stehen und das Bankwesen unter Staatsaufsicht gestellt werden. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sei ein gesunder Binnenmarkt, und das Rückgrat des Binnenmarktes eine gesunde deutsche Landwirtschaft. Die Preise werden eine Auflockerung erfahren und das Sparen werde wieder einen Sinn haben. Die Sparfähigkeit werde durch staatliche Maßnahmen gefördert.

Wir drucken einmal ausnahmsweise den ganzen Wortlaut einer derartigen Meldung, wie sie in den letzten Wochen fast täglich in der nazifreundlichen Presse erscheinen, z. B. um jedem Leser zu zeigen, wie unglücklich bildlosigste Phrasengeklänge hier als ernsthaftes Wirtschaftsprogramm aufgemacht wird. Das Ganze ist ein so bewußt kautschukartiges Gewäsch, daß es unmöglich ist, dagegen ernsthaft zu polemisieren. Nur soviel kann jeder Normalmensch herauslesen, daß eine Forderung die andere aufhebt. Man will viele Milliarden neue „produktivschöpfende“ Kredite schaffen und die „Preise auflockern“, was nichts anderes als Inflation bedeutet, und gleichzeitig „Entschuldung der Wirtschaft“ und „Wiederherstellung des Staatskredits“. Man will die Banken und das Bankwesen „unter Staatsaufsicht“, also unter Aufsicht der kapitalistischen Machthaber erhalten und andererseits wollen sie angeblich los von dem „Fremdkörper Gold“. Von dem „Fremdkörper Gold“, den doch die Hitler, Goebbels, Strasser und Konsorten ach — so sehr lieben.

Genug, es wäre Zeitverschwendung, auch nur ein Wort weiter dagegen zu verlieren. Wichtig ist nur, daß jeder Proletarier den ganzen demagogischen Schwindel erkennt, dessen einziger Zweck ist, eine geschlossene Klassenfront des arbeitenden Volkes gegen das Kapital zu verhindern und so den bankrotten Kapitalismus zu erhalten.

Best außer Verfolgung!

Wie soeben bekannt wird, hat der vierte Strafsenat des Reichsgerichts am 12. Oktober beschlossen, das Verfahren gegen den hessischen Nationalsozialisten Dr. Best, den Verfasser der berühmten Boxheimer Dokumente, „wegen mangelnder Beweise“ einzustellen. Dr. Best ist außer Verfolgung gesetzt worden.

Kriegshetze mit Poststempeln

Wir berichteten bereits über die systematische nationalistische Verhetzung der Schulljugend, die von der nationalsozialistischen Regierung Thüringens angeordnet worden ist. Jetzt wird eine neue „Tat“ dieser Naziregierung bekannt. Die thüringische Regierung hat beschlossen, daß von jetzt ab sämtliche Postsachen, die aus den thüringischen Ministerien hinausgehen, mit folgendem Stempel zu versehen sind:

„Wer behauptet, Deutschland sei am Kriege schuld, lügt! Diese Lüge ist die Wurzel unserer Not!“

Man kann das mit Recht für eine Kinderei halten, man muß aber auch erkennen, welche Gefahren gerade in der jetzigen Zeit mit einer solchen nationalistischen Hetze verbunden sind.

Best außer Verfolgung!

Das Verfahren wegen der Boxheimer Dokumente eingestellt

Wie soeben bekannt wird, hat der vierte Strafsenat des Reichsgerichts am 12. Oktober beschlossen, das Verfahren gegen den hessischen Nationalsozialisten Dr. Best, den Verfasser der berühmten Boxheimer Dokumente, „wegen mangelnder Beweise“ einzustellen. Dr. Best ist außer Verfolgung gesetzt worden.

Das ist also das „Ergebnis“ einer Untersuchung, die sich 11 Monate lang hingezogen hat! Es wird noch erinnerlich sein, daß die Boxheimer Dokumente Richtlinien für ein Terror-Regime der SA bei der Uebernahme der Macht durch die Nationalsozialisten enthielten. Es handelte sich um ganz genaue Anweisungen und Vorbereitungen, wobei in den meisten Fällen vorgesehen war, daß jeder, der sich den nationalsozialistischen Anordnungen widersetze, auf der Stelle erschossen werden sollte. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß es sich hier um Vorbereitung eines hochverräterischen

Das doppelzüngige Zentrum

In den letzten Tagen haben verschiedentlich nationalsozialistische Führer in ihren Versammlungen Mitteilungen gemacht über die Verhandlungen, die seinerzeit zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten über die Regierungsbildung in Preußen stattfanden. Danach soll das Zentrum keinerlei Forderungen auf Anerkennung des Staates und seiner Einrichtungen gestellt und außerdem den Nationalsozialisten die Führung im Preußensministerium zugestanden haben. Die Nationalsozialisten sollten das Ministerpräsidentium, das Innenministerium und noch zwei weitere Ministerposten ohne irgendwelche Bedingungen erhalten! Von der Anerkennung der Verfassung sei überhaupt niemals gesprochen worden.

Man braucht gewiß diesen Erklärungen nationalsozialistischer Führer nicht ohne weiteres Glauben zu schenken. Aber es ist sehr bemerkenswert, daß die Zentrumspresse auf diese Mitteilungen überhaupt nicht eingeht und daß Dr. Brüning, der seinerzeit diese Verhandlungen führte, in einer Kölner Zentrumsversammlung in ganz auffälliger Weise um die Dinge herumredete und mit keinem Wort auf die etwa vom Zentrum gestellten Bedingungen zu sprechen kam. Danach muß man annehmen, daß die Behauptungen der Nationalsozialisten in diesem Falle stimmen, d. h., daß also das Zentrum bereit war, Bedingungen losen Nationalsozialisten die entscheidenden Ministerien in Preußen auszuliefern. Die Doppelzüngigkeit der Zentrumspolitik wird dadurch erneut schlagend bewiesen.

Zuchthaus-Justiz

Duisburg, 21. Oktober.

WTB. Sechs Kommunisten standen gestern vor dem hiesigen Sondergericht. Der Anklage lag ein Zusammenstoß am 15. August in Duisburg-Buchholz zu Grunde, bei dem es zu Schlägereien zwischen den Angeklagten und Nationalsozialisten kam. Einschreitende Polizeibeamte waren mißhandelt worden. Bei vier Angeklagten ließ sich eine Beteiligung an den Ausschreitungen nicht einwandfrei feststellen. Das Urteil gegen die anderen beiden lautete auf je zehn Jahre Zuchthaus. Beide wurden sofort verhaftet. Die übrigen vier Angeklagten wurden freigesprochen.

Sehr gut weggekommen!

Stolp i. P., 20. Oktober.

WTB. Die Große Strafkammer verurteilte im Schnellverfahren den nationalsozialistischen Abgeordneten Czirnok zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten Zuchthaus, die in vier Monate, zwei Wochen Gefängnis umgewandelt wurde.

Czirnok hatte bei einer deutschen Wahlversammlung in Stolp eine Seltnerflasche gegen den deutschen nationalen Redner geschleudert.

Unanständiger Kampf gegen Klepper

Die Beratungen des sogenannten Kleppers-Ausschusses des Preussischen Landtages brachten gestern einen neuen Vorstoß der Rechtsparteien gegen Dr. Klepper. Als Zeuge wurde ein Journalist Melzer, Herausgeber der zum Hugenberg'schen Konzern gehörenden „Landwirtschaftlichen Wochenschau“, vernommen. Er behauptete, Dr. Klepper habe versucht, ihn durch das Angebot eines Kredites zu kaufen, damit er seine Kritik gegen die Kleppersche Agrarpolitik einstelle.

Die Sozialdemokraten beantragten nach dieser Aussage, zur sofortigen Klärung der Angelegenheit Dr. Klepper herbeizuholen und dem Zeugen gegenüberzustellen. Für diesen Antrag stimmten mit den Sozialdemokraten die Kommunisten und das Zentrum; da aber Nationalsozialisten und Deutschnationale gegen diesen nur selbstverständlichen Antrag stimmten, wurde er bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Best außer Verfolgung!

Das Verfahren wegen der Boxheimer Dokumente eingestellt

Wenn Kommunisten Kurse veranstalten, in denen die revolutionären Lehren von Marx und Lenin verbreitet werden, so erhalten Leiter und Teilnehmer dieser Kurse hohe Gefängnisstrafen. Wenn kommunistische Redner oder revolutionäre Schauspieler Zitate oder Gedichte vortragen, in denen zur Revolution aufgerufen wird, dann werden sie ins Gefängnis geworfen. Bei Kommunisten sieht man in solchen ganz allgemein gehaltenen Reden oder Schriften Vorbereitung zum Hochverrat. Wenn Nationalsozialisten nicht etwa nur allgemeine Formulierungen bringen, sondern ganz ins Einzelgehende Anweisungen für ein hochverräterisches Unternehmen ausarbeiten — dann ist das natürlich ganz etwas anderes. Dann stellt der Herr Oberstaatsanwalt Werner, der höchste Ankläger der Republik, selbst den Antrag auf Einstellung des Verfahrens! Schon Unternehmern handelte, dann sind mit den höchsten Strafen belegt wird.

Wahlbluff der SPD im Stadtparlament

Bürgersteuerdebatte Krumme Wege der SPD-Futterkrippenpolitik — Nazischwindel entlarvt

Das Korodienenspiel der Gemeindevorwaltung scheint bis zum allerletzten Akt durchgespielt werden zu müssen. Aber niemand glaubt mehr an den Ernst des Spiels und an die praktische Bedeutung der im Gemeindepalast etwa gefassten Beschlüsse. Die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse kann sich nur auf dem Boden des außerparlamentarischen Kampfes vollziehen. Die Sitzungen des Gemeindepalastes sind nur ein Spiegelbild der heutigen politischen Situation, und so sind auch die Anträge, die in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gestellt wurden, nur ein Maßstab dafür, an welchem Punkt die einzelnen Parteien heute angekommen sind.

Die gestrige Breslauer Stadtverordnetenversammlung begann, wie erwartet, mit einem Protest der Mehrheit der Fraktionen gegen die vom Magistrat diktatorisch festgesetzte Erhöhung der Bürgersteuer. Aus der groß angekündigten sozialdemokratischen Aktion in dieser Frage wurde allerdings nur eine bürgerliche Beschwerde des Inhalts, daß die Stadtparlamentarier nicht zwei Tage früher als gestern einberufen worden sei. Die Verlogenheit dieser Aktion wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß der von der stabilisierten Schwerindustrie im Rheinland und Westfalen vor Jahren geäußerte Gedanke der Bürgersteuer gesetzlich von keinem anderen als dem Sozialdemokraten Hilferding formuliert wurde, und daß noch im vorigen Jahre Severing die von der Stadtverordnetenversammlung auf 150 Prozent festgelegte Bürgersteuer diktatorisch auf 200 Prozent erhöhte. Genosse Fritz Pietsch wies in diesem Zusammenhang mit Recht auf die gerade Linie hin, die hier von der Sozialdemokratie tolerierten Brüning zu Papen führe. Er zeichnete den Fortschritt, den diese Bürgersteuer durch den Wegfall des Ehefrauenschlags und die Neuregelung der Einkommensgrenze darstelle, (die KPD- und SPD-Presse wird diese Feststellung als agitatorische Rosine freilich ohne die daran geknüpfte Folgerung des Genossen Fritz Pietsch bringen), führte jedoch weiter aus, daß dieser Fortschritt ein scheinbarer sei, weil er durch die unerhörte Heraussetzung der Steuer praktisch illusorisch wurde. Die SAP gab dem an sich bedeutungslosen und in namentlicher Abstimmung von der Versammlung angenommenen Antrag, die Bürgersteuer nicht zu erhöhen, ihre Zustimmung, betonte aber, daß die praktische Durchführung dieses Antrags trotz seiner Annahme nur durch den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse gewährleistet werden könne.

Zur Frage der freierwerbenden besoldeten Stadtratsstelle stimmte die SAP gegen die SPD für die Einsparung des Postens und Streichung der für diese Stelle im Haushaltplan bewilligten Mittel mit der Begründung, daß die Stadt Breslau mit ihren 17 besoldeten Stadträten selbst Berlin schlage, und daß es nun gelte, dem Gerede von den Einsparungen vor den Augen der bitter notleidenden Arbeiterschaft einmal die Tat folgen zu lassen. Genosse Fritz Pietsch zerstreute dabei auch die gegen die Einsparung erhobenen sachlichen Bedenken. Aber der SPD war an dieser Sparmaßnahme nichts gelegen, dieweilen sie selbst ein Auge auf die Besetzung der freigewordenen „Machtposition“ geworfen und bei den bürgerlichen durch die kürzliche Unterstützung der Wahl eines bürgerlichen Stadtschulrats auch in dieser Beziehung schon vorgearbeitet hatten. Während der erste Redner der SPD zur Frage der Neubesetzung der Stelle nur sachliche Gründe vorführte, enthüllte schließlich der Fraktionsführer der SPD, Karl Pietsch, selbst wesentlich den krummen Weg der sozialdemokratischen Futterkrippenpolitik, indem er sich von der Neubesetzung dieser Stelle eine neue „republikanische und sozialistische Stimme im Magistrat“ versprach. Allerdings wurde die Neubesetzung auch von der Fraktion der Deutschen Volkspartei unterstützt, was sie wohl in ihrem Interesse getan haben dürfte. Als daher Genosse Eckstein den Schwindel aufdeckte und die SPD als das brandmarkte, was sie heute ist, nämlich der Krebschaden der deutschen Arbeiterbewegung und die Partei, die alles, was an arbeitfeindlichen Maßnahmen in den letzten Jahren geschehen ist, tolerierte, da wußte der Fraktionsführer der SPD, Karl Pietsch, nichts anderes als schmählischste persönliche Verunglimpfungen und den Vorwurf gegen unseren Genossen Fritz Pietsch zu erheben, „er wolle selbst Schulrat werden“. Auf diesen naiven Vorwurf hin kann man freilich nur eines entgegenen: „Niedriger hängen!“ Der Antrag auf Einsparung der Stelle wurde gegen die Stimmen der SPD schließlich angenommen, und angenommen wurde auch der Antrag auf Bereitstellung eines zinsfreien Vorschusses zur Beschaffung von Winterkleidung für die Fahrmannschaften der städtischen Straßenbahn. Die Tilgung dieses von der Stadt verauslagten Betrages soll durch Lohnabzug bewirkt werden. Und hier wies unser Genosse Kirstein mit Recht auf die Aufgabe der Straßenbahnfahrer hin, sich die unentgeltliche Beschaffung der Winterkleidung selbst zu erkämpfen.

Zum Schluß brachte die SPD zwei groß aufgemachte Dringlichkeitsanträge in der Erwerbslosenfrage und der Frage der Papenschen Kontingentierungspolitik. Müßte es schon verwundern, daß sich die SPD überhaupt einmal für die Erhöhung der Richtsätze nach

den bisher tolerierten Notverordnungen ernstlich einzusetzen schien, so entpuppte sich jedoch der Antrag schon insofern als ein plumper Wahlbluff, als von der SPD-Fraktion nur 6 Mann während der Behandlung dieses Antrages im Saale blieben. Die SAP wandte sich in diesem Zusammenhang besonders gegen die Säumnigkeit des Magistrats bei der Erledigung der Winterhilfsmaßnahmen, und stellte aus diesem Grunde den Antrag die Winterhilfsmaßnahme rückwirkend bis zum 15. Oktober durchzuführen. Sowohl dieser wie auch ein weiterer von der SAP unterstützter Antrag, die Richtsätze für alleinstehende um 2 Mark zu erhöhen, wurde angenommen.

Bei der Debatte über die Anträge enthüllte sich aber auch ein großer Nazischwindel. Stadtrat Tilch nämlich gab bekannt, daß der im Wohlfahrtsamt beschäftigte NSBO-Angestellte Heller von der Blockstelle 4 strafversetzt worden sei, und zwar nicht deswegen, weil er die in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung von den Nationalsozialisten zu einem Hauptfall „Rotes Korruption“ aufgebrauchten Akten des Paltes Israel gestohlen hatte, sondern weil er nicht

weniger als 500 Unterstützungs-gesuche unerledigt gelassen hatte. Somit ist die demagogische Nazihetze in der letzten Stadtverordnetenversammlung nicht nur kläglich zusammengebrochen, sondern auch die wirkliche praktische Arbeit dieser Arbeitervertreter entlarvt. Genossen, verwendet dieses Material im Kampf gegen die NSBO!

Die Sitzung endete mit dem donnernden SPD-Protest gegen die Papensche Kontingentierungspolitik. Aber der plumpe Wahlbluff des sozialdemokratischen Antrags kennzeichnete sich auch hier schon dadurch, daß der Fraktionsführer der SPD, Karl Pietsch, zu diesem politischen Antrag nicht ein einziges politisches Wort äußerte. Er anerkannte vielmehr den „guten Willen Papens“, die Wirtschaft anzukurbeln, worauf Genosse Eckstein die einzig richtige Antwort gab: „Der Wille der Papen-Regierung ist es, die vom Herrenklub vertretenen Kreise mit starken Profiten zu versorgen. Eine wirksame Bekämpfung dieser Regierung freilich, daß werden auch die sozialdemokratischen Arbeiter bald einsehen müssen, ist nicht durch illusionenerweckende Proteste, sondern nur durch den außerparlamentarischen Kampf möglich!“ E. K.

„Jagt sie mit Mistgabeln aus dem Dorf hinaus!“

Der Naziüberfall von Rackschütz vor dem Sondergericht

Vor dem Breslauer Sondergericht wurde in der vorgestrigen Verhandlung über den Naziüberfall bei Rackschütz der SA-Mann Hellmann wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Gründen und wegen unbedingten Waffenbesitzes zu 5 Monaten Gefängnis und der Reichsbannerkamerad Martin Winkler wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Vier weitere Angeklagte, ein Sozialdemokrat und drei Nationalsozialisten, wurden freigesprochen.

Wie erinnerlich, wurden am 3. Juli dieses Jahres zwei Jugendgenossinnen der SPD durch Schüsse schwer verletzt und ein Mitglied der Neumarkter Reichsbannerkapelle blutig niedergeschlagen. Die Veranlassung hierzu war ein nationalsozialistischer Feuerüberfall, der sich in der Nähe des Dorfes Rackschütz abspielte. Auf der Straße fahrende Angehörige der Eisernen Front wurden hierbei regelrecht eingekesselt und beschossen, und das Neumarkter Eiserner Front-Mitglied Schöber nach der eigenen Schilderung des SA-Manns Hellmann „im Schreckmoment kampfunfähig gemacht“. Das heißt, in unmenschlicher Weise zugerichtet. Hellmann erhielt dafür die geringe Strafe von 5 Mo-

naten Gefängnis. Um so unerhört aber mutet das Strafmaß gegen den Reichsbannerkameraden Winkler an, der lediglich durch ein Indiz beschuldigt wurde, selbst geschossen zu haben. Die Frage, ob er dabei einen Revolver gebraucht oder, wie er und einige Zeugen angeben, eine Tabakpfeife herausgezogen und mit ihr den Anschein des Ziels erweckt haben soll, blieb durchaus ungeklärt. Bezeichnend ist, daß bei diesem Prozeß der politische Leiter des NSDAP-Kreises Neumarkt keine Strafe erhielt, obwohl ein einwandfreier Zeuge, der Gemeindevorsteher Hauffer selbst, bekundete, daß er die Bauern des Dorfes Rackschütz mit den Worten: „Jagt sie mit den Mistgabeln zum Dorf hinaus!“ gegen den Zug der Eisernen Front aufsetzte. Wir erinnern uns hier an hohe Strafen, die gerade vom Breslauer Sondergericht in milderen Fällen der sogenannten Aufreizung verhängt wurden, als es sich um angeklagte Proleten handelte. Doch das Breslauer Sondergericht hat schon mehr als einmal seinen Klassencharakter enthüllt, und so soll uns das vorgestrige Urteil nur ein Antrieb mehr sein, den Kampf der Arbeiterklasse gegen diese Institution mit allen Mitteln zu verschärfen.“ E. K.

Bezirkskonferenz der IHV Schlesien

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Breslau die Bezirkskonferenz der IHV, die, seitdem sich die SAP positiv zu dieser stellt, auch in Schlesien eine größere Bedeutung erlangt hat.

Den Auftakt zur Konferenz bildete die Protestkundgebung am Sonnabendabend gegen die Sondergerichte. Leider war diese Kundgebung nicht so besucht, wie es im Interesse des Themas unbedingt notwendig gewesen wäre. Genosse Jakob Schlör, der Vorsitzende der IHV und frühere Reichsleiter der Roten Hilfe, zeichnete ein sehr klares Bild der politischen Situation, um dann überzeugend aufzuzeigen, wie sehr der einheitliche Kampf der gesamten Arbeiterschaft gegen die Sondergerichte notwendig ist. Den politischen Gefangenen muß die moralische und wirtschaftliche Unterstützung der klassenbewußten Arbeiterschaft zuteil werden. Seitdem sich die Rote Hilfe vor den Parteikarren der KPD hat spannen lassen, erfüllt sie leider diese Aufgaben nicht mehr und die IHV, die eine wirklich überparteiliche Organisation ist, muß an ihre Stelle treten. Zum Schluß wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen verlangt und die gesamte Arbeiterschaft zur einheitlichen Aktion gegen Klassenjustiz und Kapitalismus aufruft. Das Referat des Genossen Schlör wurde mit Darbietungen der „Roten Rufe“, des Werbekollektivs der IHV, sehr wirkungsvoll umrahmt.

Am Sonntag tagte dann die eigentliche Bezirkskonferenz. An ihr nahmen 16 Delegierte aus den schlesischen Ortsgruppen und 9 Gastdelegierte aus 9 proletarischen Organisationen teil. Delegierte und Gastdelegierte waren in der SPD, SAP und KPD(O) organisiert. Genosse Schlör zeigte eingehend die kommenden Aufgaben der IHV bei uns in Schlesien auf und berücksichtigte im besonderen unsere Winter- und Weihnachtsarbeit. An der Aussprache beteiligten sich die Genossinnen Dittrich und Thamm und die Genossen Oppler, Geburt, Böhm, Fichte, Nagel, Kärger, Kalinke, Behnisch, Gläser, Pietsch, Wirrwar und Rosenstein. Genosse Schlör ging in seinem Schlußwort auf alle in der Dis-

kussion gestellten Fragen ein und bezeichnete als das organisatorische Ziel der nächsten 6 Wochen die Bildung von mindestens 10 neuen Ortsgruppen in Schlesien. Fußend auf dem Berliner Bezirksstatut wurde dann ein vorläufiges Organisationsstatut für den Bezirk Schlesien beschlossen, welches der nächsten Bezirkskonferenz zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Die Wahl des Bezirksvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Dem geschäftsführenden Ausschuß gehören die Genossinnen Thamm und Sacher und die Genossen Geburt, Gärtner, Oppler, Wirrwar und Kalinke an. Vertreter der Provinz sind im Bezirksvorstand die Genossen Behnisch-Sagan und Pietsch-Münsterberg. Die Genossin Felke und die Genossen Rosenstein und Böhm sind Revisoren. Gleichfalls gehören dem Bezirksvorstand je ein Vertreter der Kollektivmitglieder an.

Das Ergebnis der Bezirkskonferenz ist eine Protest-Entschließung, deren geschlossenen Willen kundtut, und an den Rechtsausschuß des Landtages und an sämtliche Fraktionen aller Arbeiterparteien im Landtag weitergeleitet wird.

Die Bezirkskonferenz Schlesien der Internationalen Hilfs-Vereinigung, stattgefunden am 15./16. Oktober 1932, hat mit größter Empörung Kenntnis genommen von den zahlreichen und unerhört hohen Verurteilungen linksstehender und partiloser Arbeiter durch die von der Notverordnung vom 12. 8. 32 eingesetzten Sondergerichte. Die verurteilten Arbeiter sind Opfer dieser Sondergerichte geworden, weil sie sich nicht wehrlos von den SA-Banden abschlechten lassen wollten und ihr Leben und Gesundheit verteidigten. So unerhört die Urteile gegen unschuldige Arbeiter sind, so milde wurden die nationalsozialistischen Provokateure und Terroristen behandelt.

Die Bezirkskonferenz fordert die Arbeiterschaft und alle rechtlich Denkenden auf, mit der IHV zusammen einen Proteststurm gegen das schreiende Unrecht der Sondergerichte zu entfachen und den verurteilten Arbeitern die Freiheit zu erkämpfen. Hinweg mit den Sondergerichten! Sofortige Aufhebung aller Sondergerichtsurteile gegen unschuldige Arbeiter!

Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen!

Weiterhin wurde der Konferenz der Brief eines seit 1923 im Zuchthaus sitzenden Genossen verlesen.

Münster, den 10. Oktober 1932.

An die IHV Breslau!

Liebe Genossen!

Ich habe erfahren, daß Ihr am 15. und 16. Oktober eine Bezirkskonferenz habt. Ich übermittelte Euch und allen schlesischen Mitgliedern der IHV herzliche Grüße und wünsche Eurer Konferenz recht guten Erfolg. Wenn man schon seit 1923 im Zuchthaus sitzt, weiß man am besten, was Eure Solidarität mit den politischen Gefangenen bedeutet. Wenn die wirtschaftliche Lage in Eurer „Freiheit“ auch sehr schwer ist, wenn auch sehr viele von Euch ohne Arbeit sind und Eure Frauen und Kinder sehr oft Hunger leiden, so ist Eure Lage doch noch viel besser als die der politischen Gefangenen.

Könnt Ihr Euch denn denken, was das bedeutet, wenn man seit 1923 im Zuchthaus sitzt? Denkt einmal darüber nach! Erst im Jahre 1918 ist eine Strafe zu Ende wenn es Eurer unparteilichen Aktion nicht doch noch gelingt, meine Kerkerorte früher zu öffnen.

„Draußen“ ist jetzt ja auch wieder eine sehr schwere Situation. Es gibt Sondergerichte, hier wie ein Beamter: „reges die Nazis.“ Ich glaube aber nicht daran. Die Sondergerichte von heute werden sich auch nur gegen die Arbeiter richten wie 1919 und 1923.

Liebe Genossen! Schreibt mir bitte einmal. Man freut sich immer, wenn man von den Genossen etwas hört. Ist dann die IHV in Schlesien prof? Habt Ihr viele Ortsgruppen und Mitglieder?

Mit brüderlichen Grüßen an alle

IHV-Helfer

Euer Heinz Heitbaum

An alle Jungarbeiter!

Wir fordern Euch auf, Euch mit allen Mitteln gegen eine Hineinzwängung in militärische Lager zu wehren! Um die genauen Pläne der Reaktion und deren Folgen für die proletarische Jugend zu erkennen, veranstaltet die Aktionsgemeinschaft unter dem Thema:

Kampf dem Kasernenhof und dem Arbeitszwangslager, gegen die Militarisierungspläne Schleichters, eine öffentliche Versammlung in der Mon. Gemeinde, Grünstraße 14/16.

Jungarbeiter! Es geht um Eure Zukunft, nehmt teil an den Aktionen der revolutionären Jugend, beteiligt Euch in Massen an dieser Versammlung!

Die Aktionsgemeinschaft der prol. Jugend Breslau.

Neuer Stadtplan 1:20 000

Das Städtische Vermessungsamt hat einen Stadtplan in einem Blatt 86x124 cm herausgegeben, der das gesamte Stadtgebiet nach dem Stande vom Juli 1932 darstellt.

Der Plan enthält die jetzige Stadtgrenze, alle Straßenbezeichnungen, von denen nur wenige in der Altstadt aus Mangel an Raum fortgelassen werden mußten, ferner die Bebauung usw. Der Plan wird als Übersichtsplan für die verschiedensten Zwecke Verwendung finden können.

Der Preis beträgt 1 RM. je Stück und ist in der Botenmeisterlei des Rathauses, Elisabethstraße 10, werktäglich zwischen 8—12 und 16—18 Uhr erhältlich.



Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 56768.

Achtung, Kartenvertriebsleute, Distriktsführer, Frauenleiterinnen, Heimobleute der Jugend und Sportorganisationen sowie Betriebsfrauenleiter, melden schriftlich im Parteisekretariat oder spätestens bei der Morgenfeier, wieviel

Achtung! Stadtleiter und Distriktsführer! Vergeßt die Landarbeiter und Kleinbauern nicht!

Aus dem Aktionsprogramm der SAP: Es ist von gewaltiger Bedeutung sowohl für den gegenwärtigen Kampf der Arbeiter als für die Erhaltung der vom Proletariat eroberten Macht, die kleinbürgerlichen Schichten, Kleinbauern usw. von der Reaktion loszureißen und zu einem Verbündeten der Arbeiterklasse zu machen.

Sondernummern zur Landagitation sind Sonnabend abzuholen!

Kampfero!

SAZ-Geschäftsleitung.

Karten sie zu den beiden Veranstaltungen der Revolutionsfeier im Konzerthaus, am Mittwoch, 2. November, 18 Uhr und 20.15 Uhr, brauchen. Preise für 18 Uhr, 20, 30 und 40 Pfg.; für 20.15 Uhr, 25, 35 und 45 Pfg. Kartenabrechnung für die Morgenfeier, Sonnabend, ab 15 Uhr, im Sekretariat.

Achtung, Stadtleiter! Sofort neues Material für die Wahlsäulen abholen.

Geschäftliches

„Teils dieserhalb, teils außerdem“ sagt Wilh. Busch. Jede Wirkung hat ihre Ursache. Wollen Sie die Coffeinwirkung meiden, dann muß logischerweise die Ursache, das Coffein, entfernt werden. Trinken Sie also Kaffee Hag den coffeinfreien Kaffee Hag. Teils dieserhalb, teils außerdem, d. h. i. weil er völlig unschädlich ist, 2. so vorzüglich schmeckt, 3. nicht teurer ist.

Friedrich II. vergewaltigt Barberina

Von Werner Hegemann

Zur Aufführung des Films „Die Tänzerin von Sanssouci“ hat Werner Hegemann auf Aufforderung der „Weltbühne“ diese nachstehende interessante historische Betrachtung geschrieben.

Als „verantwortungsbewußter Mann“ muß ich der Einladung der „Weltbühne“ folgen und zeigen, wie der König handelte. Alle folgenden Angaben sind von den amtlichen Verteidigern Friedrichs II. als nichtvaldlich richtig und nachweisbar zugestanden worden.

Die hochgewachsene Barberina Campanini (geboren 1721) war von Gott mit den besten Tänzerqualitäten: Anmut, Kraft, Leichtigkeit und hoher Schönheit, begnadet. Ihre früh auffallenden muskulösen Beine befähigten sie zu erstaunlich hohen Sprüngen. Mit diesen „Capriolen“ verschaffte sie der italienischen Tanzkunst auf der pariser Bühne seit 1739 einen durchschlagenden Sieg über den ruhigeren französischen Tanz. Fast gleichzeitig mit ihrem Welttriumm erwachte der Schlachtenruhm Friedrichs „des Großen“, der 1740 im Bunde mit Frankreich plötzlich den deutschen Bürgerkrieg entfachte. Sein ererbtes, mit beispielloser Grausamkeit gezeichnetes und skrupellos eingesetztes Heer wurde sofort von allen Großmächten als neuer Machtfaktor ersten Ranges erkannt, und deshalb umbuhlte man Friedrichs Freundschaft. Sein Abenteuer mit Barberina beginnt gleich nach der triumphalen Beendigung seines ersten schlesischen Raubkrieges. Die andern Mächte kämpften weiter. Der Sieg hing davon ab, ob Friedrich künftig neutral bleiben oder wenigstens nicht zum zweitenmal zum Bürgerkrieg und zum Kampf gegen das deutsche Kaiserhaus bereit sein würde. In diese welthistorische Entscheidung sollte das Schicksal einer großen Künstlerin hineingemahlen werden. Aber sie wußte sich zu helfen.

Barberina hatte von 1739 bis 1743 wachsende Triumphe in Paris und London gefeiert; die Zahl ihrer Liebhaber, Fürsten und Lords, war unbegrenzt. Dem eifersüchtigen Prinzen von Carignan ließ sie sagen, „für hunderttausend Franken würde sie ihm noch nicht einmal ihre Hände zum Küssen geben“. Aber für Friedrich den Großen — er war neun Jahre älter und körperlich kleiner als Barberina — war kein Stern zu hoch oder zu teuer. Er verlangte „Kapriolenmacher“ aus Paris. Während er durch seinen Gesandten mit Barberina verhandelte, reiste die Tänzerin nach Venedig zum Carneval und zu neuen Erfolgen. Dort ließ Friedrich weiter in sie dringen und erfuhr, daß sie „ziemlich geneigt“ sei, für dreitausend Taler jährlich, freie Wohnung, Reisekosten und „große“ sowie „kleine Kleidung“ nach Berlin zu kommen. (Der Film behauptet, der König habe mit Grazio achttausend Taler genehmigt.) Aber der König weigert sich schroff, dreitausend Taler zu bezahlen; begreiflicherweise, ist doch später die berliner Berufung des großen Winckelmann, eines Gelehrten von Weltruf, daran gescheitert, daß Winckelmann zweitausend Taler forderte und der König nur tausend geben wollte. Auch der Barberina wollte Friedrich nur zweitausend Taler im Jahre zugestehen. Doch hoffte er die Tänzerin dadurch zu ködern und dauernd an sich zu fesseln, daß er ihr diese Summe auf Lebenszeit versprach. Barberina wollte nichts davon hören. Obgleich aber Friedrich ihre Forderung nicht angenommen hatte, ließ er durch seinen Unterhändler behaupten, die Tänzerin sei ihm schon verpflichtet, und versuchte, die Barberina durch den Senat von Venedig „zu zwingen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen“. Nun begann ein endloses Hin und Her zwischen Venedig und Berlin, wobei der König mit all den machiavellistischen Tücken zu arbeiten anfangt, mit denen er später auch Voltaire nach Berlin gelockt hat und mit denen er sich gleichzeitig in der hohen Politik berühmt machte.

Während der große König, um die Barberina zu gewinnen, alle Register der hohen Politik in Venedig spielen ließ, legte ihr der junge Lord Stuart de Mackenzie, Mitglied des englischen Parlaments, sein Herz und sein Vermögen zu Füßen. Er wollte sie heiraten. Sie sollte nicht mehr auf die Bühne gehen. Er liebte sie leidenschaftlich. In seinen herzzerreißenden Briefen aus der spätem Zeit redete er sie an „My ever dearest Wife, my lovely sweet Babby“. Es ist unmöglich, sich aus dem Netz von Intrigen herauszufinden, das Friedrich in Venedig um Babby spann. Seine Unterhändler behaupteten, sie liebe den Lord nicht, sondern wünsche gewaltsam entführt zu werden — nach Berlin!

Der Doge von Venedig, von den Gesandten aller Großmächte bestimmt, ließ die Tänzerin öffentlich mit Verhöhnung bedrohen und förderte heimlich den Plan der Vermählung mit Mackenzie. Der Doge rechnete damit, daß Friedrich es nicht wagen würde, sich an der Frau eines Engländers zu vergreifen. Friedrich drohte, den auf der Durchreise in Preußen erwarteten venezianischen Gesandten Capello zu verhaften, was wichtige diplomatische Verhandlungen der Venezianer zu schädigen drohte. Der preussische Unterhändler mietete eine Horde von zwölf „Bravi“, um Barberinas Flucht mit Mackenzie zu verhindern. Der venezianische Senat kam ihm zu Hilfe und ließ Barberina nach ihrem Bühnentrionf am Sonntag, dem 16. Februar 1744, abends, verhaften. Ihr venezianischer Bühnenvertrag lief nur noch zwei Tage, bis zum Faschings-Dienstag und Fastenbeginn. Ihr Fehlen auf der Bühne während der beiden Gipfelfeste des Carnevals wurde zum Stadtgespräch von Venedig und galt als Triumph Friedrichs, der „den Donner seiner mächtigen Stimme hatte grollen lassen“ und bald Mittel fand, „wie man diese Kreatur sicher kommen lassen könne“.

Nachdem einmal der Künstlerin der Schutz des venezianischen Senats entzogen war, hatte Friedrich leichte Arbeit. Die zwangsweise

Einfluß vergewaltigter Menschen war seit dreihundert Jahren zum einzigen blühenden Handelszweig Preußens entwickelt worden. Von den Landstrassen in aller Herren Länder, aus friedlichen Dörfern, Universitäten, in Klöstern rauhnten preussische Werber Rekruten zusammen und transportierten sie auf wohlorganisierten Bahnen mit Gewalt bis an die preussische Grenze. Als der preussische Barberina-Transport im österreichischen Gibr auf den vorausgeschickten Lord Mackenzie stieß, durfte Barberina nicht mit ihm sprechen. Der preussische Gefangenenspediteur veranlaßte den österreichischen Platzkommandanten, die Pferde des Engländers wegzunehmen. Dem Lord wurde das schriftliche Versprechen abgezogen, sich künftig nicht mehr einzumischen.

Nachdem es gelungen war, Barberina nach Berlin zu bringen, versuchte es der König mit der Gefangenen zuerst gütlich. Sie wurde von der Königin-Mutter zum Mittagessen geladen, und von der Königin, mit der Friedrich noch in liebendem Einverständnis glücklich war, freundlich gelobt: „Sie ist wirklich schön, der König war ein wenig davon berührt“. Der hochaltrige Voltaire behauptete, die muskulöse Mittelmäßigkeit der Beine Barberinas habe es dem angeblich homosexuellen König angetan. Gleichviel: zu jenem Zeitpunkt geschah es, daß der König plötzlich seine Frau verließ. Er ließ sie nie wieder an den Hof kommen.

Wenn die in preussischem Bühnendienst Eingestellten nicht Order parierten, wurden sie von einem Wachtmeister und zwei Mann auf die Bühne geschleppt, gleichviel ob es sich um Schauspieler handelte (die in Friedrichs Sprache „Schurken“ hießen) oder um Künstlerinnen (die in Friedrichs Deutsch „Huren“ hießen). So ging es der großen Sängerin Mars-Schmeling, bevor ihr die Flucht aus Berlin gelang. Den galanten Ton, in dem Friedrich über seine Künstler sprach, zeigt zum Beispiel folgende Stelle aus einem seiner Handschreiben an seinen Vertrauten Fredersdorf über die neue Sängerin Racaille (?):

„Eine Canaille hierher Kommen zu lassen, die fukt aber nicht Sinkt, ist nicht Die Mühe werth die alte Hure Casparini sinkt noch Quasi.“

Die praktische Barberina ging Gewaltstücken aus dem Wege. Es gelang ihr mühelos, ihre finanziellen Bedingungen beim König

durchzusetzen. Er zahlte ihr nicht nur die geforderten dreitausend Taler, sondern bald siebentausend. Das entsprach dem Gehalt, das Ludwig XV. der zu Unrecht berückichtigten Pompadour zahlte, und war, wie Voltaire spottete, mehr, als ein preussischer Staatsminister erhielt.

Aber Friedrich kam nicht zum Genuße seines Glückes. Am selben Tage wie Barberina war Lord Mackenzie in Berlin eingetroffen. Seine rührende Leidenschaft und seine Geldmittel hatten ihm die verschlossenen preussischen Schlagbäume geöffnet. Friedrich befahl, Barberina „in ein sicheres Quartier zu bringen und Leute zu ihrer Ueberwachung anzustellen, bis man sich auf gute Art ihres ungetrübten Liebhabers entledigen“ könne. Vor englischer Macht zurückschreckend, suchte Friedrich plötzlich die Verantwortung eines Ministers, dem er schrieb:

„Ich frage Sie, wie ich nicht gut daran, Herrn Mackenzie aufzuheben und ihn, ohne daß jemand erfährt, was aus ihm geworden ist, nach Memel bringen zu lassen?“

Nach einer eigentümlichen Lücke in den Akten erfährt man, daß der Lord aus Preußen ausgewiesen wurde. Seine rührenden Briefe aus Hamburg fielen der preussischen Polizei in die Hände. Am 8. Juli 1744 lud Friedrich die Tänzerin nach Charlottenburg ein und fügte hinzu:

„Wenn Ihre schönen Augen bezahlt sein wollen, müssen sie sich zeigen. So wird es ein Vergnügen sein, ihnen zu entrichten, was man ihnen schuldet.“

Aber das Vergnügen hielt ihn nicht fest. Drei Wochen später fiel er dem deutschen Heere in den Rücken, das grade Elsaß-Lothringen zurückerobert hatte, und „rettete“ (wie er mit Stolz in seinen Memoiren ausführte) Elsaß-Lothringen für die Franzosen.

Diesen siegreichen Krieg schildert der Film „Die Tänzerin von Sanssouci“; namentlich die bekannte Anekdote, wonach Friedrich, begleitet von einem einzigen Mann, den österreichischen Generalstab gefangen nahm. An dieser viel gemalten Anekdote, die von andern Erzählern meist vor die Schlacht bei Leuthen gelegt wird, ist kein wahres Wort.

Der Film erzählt, wie der siegreiche Friedrich nach der Rückkehr in Berlin seine Barberina an ihren Liebhaber Cocceji abtritt.

Friedrich hat sie angeblich nur gebraucht, um seinen Feinden Friedensabsichten vorzutäuschen. Und weiter zeigt der Film, wie Friedrich bei der Rückkehr die Siegesfeiern mit Barberina-Ballett verächtlich absagt und nur ein Konzert von Sebastian Bach anhören will. In Wirklichkeit liebte Friedrich die Musik des alten Bach nicht. Er zog die Musik des jüngeren Bach (Philipp Emanuel) vor, den er auch als Hofmusikus anstellte, ihn aber nur dreihundert Taler im Jahre zahlte. Um dieselbe Zeit, als Friedrich dem Jammern eine Gehaltserhöhung abschlug, klagte er darüber, daß sein spanischer Lieblings-Tabak zu teuer sei: „Alle Monate 1000 Thaler vor Tobac ist Sehr Teuer!“

Auch hatte Friedrich keine Scheu vor Ballets nach dem Kriege oder während des Krieges. Im Gegenteil feierte Barberina ihre höchsten Triumphe mitten im Kriege, als Friedrich aus dem Felde zu den Winterfestlichkeiten nach Berlin kam.

Damals erhöhte er die Gage der Tänzerin auf siebentausend Taler, versprach ihr, den Vortrag zu lösen, sobald sie sich verheiratet wolle. Obendrein gab er ihr auf fünf Monate Ferien, als er sich wieder in den Bürgerkrieg begab. Sie feierte einen neuen Triumph in Hamburg, wo zur Beschichtigung ihres Einzuges die Fenster vermiert wurden. Bald meldete das Gerücht, sie habe den Grafen Gollown geheiratet. Die schwedische Königin schrieb darum an die Mutter Friedrichs, sie hoffe für Friedrich, daß „Mars Amors Pfeile vergessen macht“.

Der Siebentausend-Taler-Vertrag der Barberina bedeutete mit allem, was drum und dranhing, in heutiger Kaufkraft gemessen, mindestens soviel wie ein Sechzigtausend-Mark-Engagement. Sie entzog sich dieser Leistung des sparsamen Königs nicht, sondern kam nach Schluß ihres Urlaubs zu den Siegesfeiern nach Berlin zurück.

Bald darauf erweckte den Aerger des Königs der junge Legationsrat von Cocceji (Sohn des bekannten — und unfähigen — Gesetzgebers). Cocceji ließ eines Nachts einen der Mittänzer Barberinas durch vier verkleidete Soldaten ebenso übel verprügeln, wie Friedrich der Große manchmal seine journalistischen Kritiker hat vorprügeln lassen. So wurde Barberina zur Kulturträgerin in Preußen. Ihretwillen erließ Friedrich die bis dahin unerhörte Verfügung:

„Wenn hinfüro allhier junge Leute Exzesse begehen, sollen solche sofort arretiert werden, sie mögen auch von was Stande, Herkommen, Verwandtschaft sein, wie sie wollen.“

Bis dahin hatten sich in Preußen Offiziere und Adlige ziemlich alles ungestört erlauben können. Aber der junge Cocceji wurde zur Strafe für seinen Gewalttätich auf sechs Monate nach Spandau geschickt. Allerdings wurde er schon nach drei Monaten wieder entlassen.

Der Barberina, so berichtet Hofrat Westarp, drohte der König, sie werde mangels besserer „Conduite“ ins Spinnhaus nach Spandau gebracht werden; Spinnhaus ist gleichbedeutend mit Zuchthaus.

1748 ließ Barberinas Vertrag ab. Als sie aber abreisen wollte, wurden ihr zuerst wegen unbezahlter Schulden und dann mit der Forderung einer kräftigen Geldabgabe (für die Ausreiseerlaubnis) Schwierigkeiten gemacht. Schließlich gab Friedrich nach, weil er „die üble Impression fürchtete, die es im Auslande machen würde, wenn Fremde auf solche Art chicaniert werden“.

In London fand Barberina nichts Besseres als den zurückgebliebenen Cocceji, den sie vielleicht liebte, von dem sie ein Kind erwartete und der sie durchaus heiraten wollte. Bewunderungswürdig ist ihr Mut, mit dem sie sich noch einmal in den Rachen des Schakals begab und schließlich seine Zustimmung zu ihrer bald heimlich geschlossenen Ehe mit Cocceji eroberte. Barberina und Cocceji wußten, daß der König „ihm als seinen Unterton würde reklamieren können, wohin auch in Europa er sich zurückzöge“. Die Schlacht mußte also in Preußen gewonnen werden. Der König ließ Cocceji wieder auf die Festung bringen und tat alles, um ihm „die so sehr unständige Passion“ zu verleiden, mit der „diese verführerische Kreatur dem jungen Cocceji den Kopf verdrehte“.

Als die heimliche Eheschließung bekannt wurde, setzte Friedrich seine ganze Maschinerie in Bewegung, um den (katholischen) Geistlichen ausfindig zu machen, der gewagt hatte, das Paar zu „copulieren“. Allen verdächtigen Geistlichen sollte man „recht scharf zu Halse gehen“ und der „Schuldige auf seines Lebens Zeit nach einer Vestung gebracht und bey Wasser und Brodt gehalten werden“. Die verdächtigen Geistlichen „wurden bis zum Eide getrieben“. Als das erfolglos war, gab Friedrich Anweisung, „durch Cocceji zu der Zeit gehabte Domestiquen“ zu erfahren, wer der Geistliche gewesen sei.

Dem Vater Coccejis, dem Groß-Kanzler, zuliebe wurde der Sohn mit seiner unstandesgemäßen Frau nach Glogau verbannt. Viel Gnade, wenn man bedenkt, daß Trenck der unglückliche Liebhaber Amalens, von ihrem Bruder Friedrich II. auf Jahre „mit Ketten an Hand und Fuß an eine Kerkermauer festangeschlossen“ wurde. In Glogau ließ sich Barberina bald scheiden. Sie kaufte sich aus ihren kleinen Ersparnissen für 70 000 Taler das Schloß und die Güter von Barschau, wo sie ein stilles Leben führte, bis der tyrannische König starb. Sein Nachfolger machte sie zur Gräfin von Campanini.

Die bekannte Anekdote, daß Friedrich im Aerger über seinen Mißerfolg bei Barberina ihr Bild auf den Abort gehängt habe, wird von seinen amtlichen Historikern nicht dokumentarisch bestätigt.

Tod auf Raten

Eine nüchterne Feststellung

Schon vor Monaten hat ein bürgerlicher Sozialhygieniker nachgewiesen und errechnet, daß nach den damaligen Unterstützungssätzen der Arbeitslosenversicherung ein Zeitraum von Jahren notwendig sei, um den Körper eines Arbeitslosen so zu schwächen, daß er der geringsten Krankheit keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen könne. Daß mit einer solchen Anerkennung den Bemühungen der medizinischen Wissenschaft jeder Boden entzogen wird, daß es lächerlich ist, von Heilung zu sprechen und auf Heilung zu hoffen, wenn der Patient den Tod auf Raten bezieht und langsam verhungert, ist so selbstverständlich, daß man darüber nicht zu sprechen braucht. Wie verhalten sich nun die verantwortlichen Behörden gegenüber der ungeheueren Gefahr, daß etwa eine Epidemie kaum vorstellbare Opfer unter der Bevölkerung fordert, deren ausgemergelte Körper dem Ansturm einer Seuche nicht standhalten könnten?

Der preussische Etat für 1932 hat die Mittel zur Seuchenbekämpfung um fast die Hälfte gekürzt. Ganze 275 000 Mark werden jetzt nur noch für die Seuchenbekämpfung bereitgestellt. Noch schlimmer steht es mit der Be-

kämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulose: Betrug im Jahre 1931 der Betrag, den der Staat zur Bekämpfung der Tuberkulose zur Verfügung stellte, noch 720 000 Mark, so müssen jetzt die staatlich unterstützten Forschungs- und Heilanstalten mit 150 000 Mark auskommen. Da die industrielle Reservearmee ja groß genug ist, so hat man an der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit kein Interesse mehr. Die lumpigen 170 000 Mark, die der Freistaat Preußen dafür übrig hat, sind lediglich eine Geste.

Und dies alles begibt sich zu einer Zeit, in der in Deutschland etwa drei Millionen hungernde Menschen keinen Pfennig Unterstützung erhalten, in der nach amtlichen Ermittlungen 40 Prozent aller deutschen Volksschüler kein eigenes Bett haben, in der sich der Ernährungszustand der von der staatlichen Gesundheitskontrolle erfaßten Kinder um rund 40 Prozent verschlechtert hat.

Soweit hat es die deutsche Republik glücklich gebracht, daß der Stand der Sozialhygiene ungefähr dem gleicht, der vor dem Erlaß der kaiserlichen Sozialgesetzgebung von 1887 herrschte.

Die Bevölkerung der Erde

Wachstum und Verteilung auf die verschiedenen Erdteile

Das vor einigen Wochen erschienene statistische Jahrbuch des Völkerbundes für 1931—32 schätzt die Gesamtbevölkerung des Erdballs auf 2012,8 Millionen Menschen.

Die Bevölkerung ist auf die einzelnen Weltteile folgendermaßen verteilt:

	1930	1931
	(Millionen Menschen)	
Asien	1092	1103
Europa	498	506
Amerika	248	252
Afrika	144	142
Australien	9,5	9,8

Die größeren Zahlen bedeuten nicht überall eine tatsächliche Vergrößerung der Bevölkerungszahl. Für Asien zeigt die höhere Ziffer nur, daß die vorjährigen Daten präzisiert worden sind. In Wirklichkeit ist in einem der größten asiatischen Staaten — in China — die Bevölkerungszahl nicht gestiegen, sondern um sechs Millionen gefallen. Ebenso ist die Bevölkerungszahl Afrika gesunken. Da Jahrbuch des Völkerbundes gibt keine Erklärung dieser Erscheinung an, es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß sie das Ergebnis der Kolonialpolitik der imperialistischen Großmächte, der Zwangsarbeit, des Sklavenhandels und anderer „Errungenschaften“ der kapitalistischen Kultur ist.

Von den asiatischen Ländern hat China eine Bevölkerung von 453 Millionen, Indien 352 Millionen, Japan 65 Millionen (mit Einschluß von Korea und den anderen Kolonien 92 Millionen).

Die Bevölkerung der UdSSR bezieht sich nach Angaben des Jahrbuches auf 162 Millionen; davon entfallen auf den europäischen Teil der Union 127 Millionen.

Der größte Jahreszuwachs der Bevölkerung entfällt (die asiatischen Länder ausgenommen, wo die größeren Zahlen, wie gesagt, zum größten Teil nur wegen einer genaueren Zählung entstanden sind) auf die UdSSR, und zwar 3 Millionen; weiter folgen die Vereinigten Staaten mit 1,5 Millionen (die Gesamtbevölkerungszahl der USA beträgt 124 Millionen), Polen 1 Million, Spanien 1 Million. Die Bevölkerungszahl Deutschlands und Englands hat sich in einem Jahr nicht verändert. In Frankreich stieg sie im Laufe eines Jahres um 600 000, während sie in Italien um 400 000 zurückging.

In Europa sind Finnland und Norwegen am schwächsten besiedelt; auf 1 Quadratkilometer entfallen in beiden Ländern 9 Menschen. Im europäischen Teil der SU zählt das Jahrbuch 22 Bewohner pro Quadratkilometer, in Frankreich 76, in Italien 133, in England 185, in Deutschland 137, in Holland 233, in Belgien 270.

Kleinbauern in Not!

Von Karl Okonsky, Gemeindevorsteher, Ratiborhammer

Auch nur oberflächlich politisch geschulte Leute wissen, daß die Regierung Papen eigentlich nur Exponent der „Landwirtschaft“ ist. Um der „deutschen Landwirtschaft“ zu helfen, hat sie nicht nur die berühmte Osthilfe erweitert, sondern darüber hinaus noch einen Kredit von vielen Millionen zur Verfügung gestellt. Mehr als 60 Prozent des ganzen Aufbauprogramms Papens dreht sich um Arbeiten, die direkt und indirekt der Landwirtschaft zugute kommen. Auch der freiwillige Arbeitsdienst wird in ganz erheblichem Maße zu Nutz und Frommen der Großagrarier eingesetzt. Waldarbeiten und Meliorationen werden ausgeführt, die freilich auch der Allgemeinheit nützlich sind. Den Hauptnutzen davon haben selbstverständlich unter dem heutigen kapitalistischen System die Besitzer von Grund und Boden.

Gewiß haben die großen Latifundienbesitzer im gewissen Sinne auch unter der Not der Zeit zu leiden. So munter, wie vor dem Kriege, leben sie heute nicht ganz. Aber schlecht geht es ihnen noch lange nicht.

Die Fürsten Pleß und Hohenlohe, die vielen Grafen und Herzöge in Schlesien halten es immer noch aus.

Sie haben ein ganz nettes Dach über dem Kopfe, ihr Auto und alle Bequemlichkeiten des Lebens, auch wenn sie im „Sicherungsverfahren“ stehen. Und nicht nur sie, auch ihre „höheren“ Beamten merken noch nicht viel von der Not der Zeit. Ein verhältnismäßig niedriger Beamter des Herzogs von Ratibor, ein Oberforstmeister, wurde erst am 1. Oktober d. J. abgebaut. Bis dahin bekam er ein Monatsgehalt von 2500 Mark. Dazu freie Wohnung in einem Schlosse, freies Jagdvergnügen. Herz, was verlangst du noch mehr! Und jetzt, nach dem Abbau, erhält derselbe Herr nach sechsjähriger Dienstzeit immer noch eine Monatspension von 1200 Mark.

Es muß also nicht so sehr schlimm sein mit der Not der Land- und Forstwirtschaft. Sonst könnte sie solche Gehälter nicht ertragen. Allerdings, zum Steuerzahlen reicht es nicht. Und darin ist ja die Regierung auch ziemlich entgegenkommend.

Zahlt ein kleiner Mann seine Steuern nicht pünktlich, dann kommt der Gerichtsvollzieher und zieht die letzte Kuh aus dem Stall. Die Latifundienverwaltungen bleiben dem Staate viele Tausende schuldig.

Sie reklamieren „verständlich“ errechnete Belastungen, lassen ihre Hofjuristen ein Verwaltungsverfahren anhängen und sind auf etliche Jahre vor dem Steuerzahlen sicher. Denn wenn ein paar gute Rechtsgelehrte so einen Prozeß zu betreiben haben, kann der sehr alt werden. In ganz Preußen wehren sich z. B. die Forstgutsbesitzer gegen die Heranziehung zu den Schullesten. Mit der Begründung, daß in den Wäldern doch keine Schulkinder wohnen. Und sie haben bisher Glück, denn tatsächlich hat das Gesetz hier eine Lücke. Die Ratiborer Verwaltung allein erspart dadurch einen Betrag von ungefähr 36000 Mark jährlich, der selbstverständlich von den kleinen Bauern und Bürgern der Landgemeinden aufgebracht werden muß. Auch die Amtsausschusskosten überläßt die Verwaltung großzügig den Gemeinden. Wofür sie allerdings verlangt, daß die Polizei auf ihren Wild- und Holzbestand achten soll. Es lebt sich also noch als „gnädiger Herr“.

Wie aber leben die kleinen Landwirte in Deutschland?

Sie, die doch eigentlich das Rückgrat unserer Brotversorgung sein sollen, das wertvollste Material des deutschen Volkskörpers. Nun, man kann nicht sagen, daß sie bedeutend gewonnen hätten unter dem Zepher des jetzt regierenden Reichskanzlers Papen, für die deutsche Landwirtschaft. Es fing freilich schon bei seinem Vorgänger Brüning ganz schön an. Der hat uns die Verbrauchssteuern beschert, die das Leben des kleinen Landwirts erheblich verteuern. Der war auch der Vater der Bürgersteuer. Diesen Wechselbalg aber erst richtig gepflegt und großzügig zu haben, bleibt das unbestreitbare Verdienst der jetzigen Regierung in Preußen und im Reiche.

Sehen wir uns die Sache einmal näher an. Die Jahre nach der Inflation benutzten viele Landwirte, ihre alten Klitschen mit Strohdächern abzureißen und neue Wohnhäuser und Stallungen zu bauen. Eine notwendige Sache in den meisten Fällen. Unsere kleinen Landwirte sind sonst sehr sparsam und geben den Groschen nicht leicht aus der Hand. Sie mußten eben bauen. Hatten in den meisten Fällen nicht genug eigenes Geld. Borgten sich etliche tausend Mark und sitzen jetzt fest. Denn die Zinsbelastung ist heute ungeheuerlich, für die Landwirtschaft gar nicht tragbar. An Staatshilfe zu billigen Zinsen ist aber für die Kleinen fast niemals zu denken. Da steigt eben die Belastung automatisch, weil immer wieder Geld zum Abdecken der aufgehäuften Verpflichtungen aufgenommen werden muß.

Es gibt viele kleine Landwirte, die bedeutend mehr für Zinsverpflichtungen ausgeben müssen, als sie überhaupt an barem Gelde einnehmen.

Die Regierung hat nun kürzlich, am 10. September 1932, eine wunderbare Notverordnung herausgegeben. Danach haben alle die Gemeinden, die auf Staatszuschüsse

rechnen, eine 500prozentige Bürgersteuer einzuführen. Es sind also gerade die ärmsten Gemeinden, die so betroffen werden. Die Gemeindevertretung wird vielleicht in den meisten Fällen diese Steuererhöhung ablehnen. In solchen Fällen, so bestimmt die Verordnung, soll der Gemeindevorsteher höchst eigenmächtig die 500prozentige Bürgersteuer einführen. Will auch der nicht, dann greift der Landrat als Regierungskommissar ein und verfügt die Steuererhöhung persönlich. Hochgeschraubt wird also auf alle Fälle. Der arme Landwirt wird also für sich und jedes erwachsene Mitglied seiner Familie die 5fache Bürgersteuer entrichten müssen. Hat er vier erwachsene Kinder im Haushalt, dann kann er jährlich 120 Mark allein an Bürgersteuern zahlen. Der gnädige Herr auf dem Schlosse nebenn steht im Sicherungsverfahren. Er hat also ein buchnüßig bescheidenes Einkommen. Zahlt treu und brav und freudestrahlend seine nur 30 Mark jährlich betragende Bürgersteuer.

Sehr belastet sind die kleinen Landwirte in neuester Zeit auch dadurch, daß die Besitzer auch im Sicherungsverfahren ihre laufenden Steuern pünktlich zu entrichten haben. Noch schlimmer ist, daß die kleinen Landwirte den Bezirksfürsorgeverbänden haßbar sind für die Ausgaben, die diese Verbände an Wohlfahrtsunterstützungen für Verwandte der kleinen Landwirte haben. Das ist freilich eine generelle Gesetzesvorschrift. Sie wirkt sich aber bei den kleinen Landwirten am schwersten aus, weil die ihr Einkommen nicht so leicht verschleiern können, wie etwa Gewerbetreibende. Dann aber auch, weil ihr Betriebskapital unverhältnismäßig hoch sein muß. Ein kleiner Hof und etliche Morgen mageren Bodens kosten immerhin Tausende. Alles aber wird vom Bezirksfürsorgeverband bewertet. Und kann der arme Besitzer kein bares Geld zur Unterstützung seines arbeits-

losen Sohnes, der Tochter, des Vaters oder Bruders aufbringen, dann legt man ihm einfach eine Zwangshypothek in entsprechender Höhe auf sein Grundstück.

Zweifellos ist die Lebenshaltung des kleinen Landwirts in den letzten Jahren sehr herabgedrückt worden. Fast ebenso sehr, wie die des Arbeiters. Der Unterschied ist nur der, daß der Arbeiter eben nichts hatte, also auch nichts verlieren konnte, während der kleine Landwirt inzwischen auch mindestens die Hälfte, wenn nicht das ganze väterliche Erbe verlor. Denn je höher seine Schulden anwachsen, um so geringer wurde sein realer Anteil am Besitz. So, daß er heute eigentlich wohl nur der Verwalter fremden Eigentums. Noch weniger, der Sklave seiner Scholle. Im Osten Deutschlands, und besonders in Oberschlesien, gibt es heute tausende kleiner Besitzer, die ihren mageren Boden und ihr kleines Häuschen nicht als Segen, sondern vielleicht schon als Fluch empfinden. Als Kette, die sie an einen bestimmten Ort bindet, ohne Aussicht auf Besserung der Lage. Aus Kranowitz, an der tschechischen Grenze, verschwanden einige Besitzer nach Berlin. Von dort schrieben sie dem Landrat von Ratibor, er möge mit ihrem Häuschen machen, was er wolle.

Wie gehts dem Landarbeiter?

Den Landarbeitern ohne Besitz geht es nicht besser. Daß Hofknechte mit vier Kindern einen Monatsverdienst von sage und schreibe zwanzig Mark haben, ist keine Seltenheit. Freilich rechnet die Gutverwaltung auch das Deputat, und zwar zu den höchsten Preisen. Aber davon hat der arme Karl nichts. Die Familie ist mehr, als er an Nahrungsmitteln bekommt, und zukaufen kann er sich nichts. Es reicht kaum für die not-

wendigste Kleidung. Hinzu kommt noch die politische Bevormundung durch den Gutsbesitzer. Diese modernen Sklaven haben nur eins vor ihren Kollegen im Altertum voraus: Sie können ihren Besitzer wechseln, wie sie wollen. Dabei vertauschen sie freilich ein Elend mit dem andern. Die armen Hintersassen mit einigen Ackerstreifen Besitz können nicht einmal das. Sie sind festgebunden an ihrer Scholle, an den alten Traditionen, den übernommenen Vorurteilen. Und weil sie die Welt noch so sehen, wie ihre Urväter sie vor hundert Jahren sahen, finden sie sich nicht zurecht in den heutigen Verhältnissen. Sie gehen entweder zugrunde oder laufen jedem falschen Propheten nach, der ihnen Wunder verspricht. So kommt es, daß Hitler so viele Bauernstimmen fangen konnte.

Hier kann nur Aufklärung helfen. Landarbeiter und kleine Bauern müssen freigemacht werden von dem Wahn, daß diese kapitalistische Weltordnung heilig, gewissermaßen von Gott verordnet ist.

Sie müssen erkennen, daß der Privatbesitz auch seine Schattenseiten hat. Nicht nur die Technik, auch die Landwirtschaft drängt zur Rationalisierung. Heute, an der Scheide zweier Wirtschaftsordnungen, versucht sich das sterbende System noch auf Kosten der Schwächsten auf einige Zeit über Wasser zu halten. Auf kurze Zeit freilich nur, denn der Sieg der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist unausbleiblich. Schon, weil sie die vernünftiger ist.

Diesen Sieg zu beschleunigen müßte eigentlich das Streben aller Unterdrückten sein. Nicht nur der Industriearbeiter, sondern auch der Proletarier und die Kleinbauern auf dem Lande. Alle seufzen sie unter dem gleichen Druck, der gleichen Ungerechtigkeit. Sie alle aber werden nur frei und glücklich sein in einer Gesellschaft, die keine Klassenunterschiede kennt, und in der jeder Mensch nur danach gewertet wird, was und wie er der Menschheit nützt. Das ist die sozialistische Wirtschaftsform, die sozialistische Gemeinschaft.

Darum müssen Kleinbauern und Landarbeiter die falschen Propheten, die Herren Klubleute wie die Nazis ablehnen und gemeinsam mit den Industriearbeitern kämpfen. Das will die Sozialistische Arbeiter-Partei!

Verelendung der Bauern

durch das Papensche Landwirtschaftsprogramm

Von Fritz Sternberg

Es hat im aufsteigenden Kapitalismus Zeiten gegeben, in denen die Interessen der Großgrundbesitzer, der Junkerkaste, vielfach gleichlaufend waren mit denen der Bauern. Vom Großgrundbesitz bis zum Kleinbauern war man interessiert an hohen Preisen, und solange die großen Massen in den Städten auskömmliche Lebensbedingungen hatten, solange ihr Einkommen stieg, solange die Löhne in die Höhe gingen, wirkte sich die landwirtschaftliche Schutzpolitik, wie wir sie in Deutschland bereits in der Vorkriegszeit gehabt haben, fraglos zum Teil auch zugunsten der Bauernschaft aus. Wir müssen diese Tatbestände rückhaltlos anerkennen, denn nur sie erklären es, warum die sozialistische Agitation in der Vorkriegszeit bei der großen Masse der Bauern keinen Eindruck machte, warum die Bauernschaft damals zum überwiegenden Teil politisch im Schlepptau der Junker blieb, warum man in der Agitation damals nur bei den Landarbeitern weiter kam.

In der Nachkriegszeit und vor allem in

der Krise ist ein entscheidender Wandel eingetreten.

Die Interessen der Großgrundbesitzer und der Bauern sind nicht mehr gleichlaufend; im Gegenteil, die Politik, die die Großgrundbesitzer, die Junkerkaste begünstigt, schädigt die Bauernschaft immer mehr. Wir haben größere Untersuchungen von landwirtschaftlichen Sachverständigen darüber, was die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe an Produkten auf den Markt bringen. Und da ist festzustellen, daß drei Viertel der Produktion, die der Großgrundbesitz auf den Markt bringt, aus Getreide besteht und nur ein Viertel aus Vieh und Viehprodukten.

Beim Bauer ist es umgekehrt. Nur ca. ein Drittel der Produktion, die der Bauer auf den Markt bringt, besteht aus Getreide. Zwei Drittel dagegen bestehen aus Vieh und Viehprodukten, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Käse, Obst usw. Die Schutzpolitik hat es fertiggebracht, die deutschen Getreidepreise von

den Weltmarktpreisen „abzuhängen“. Die deutschen Getreidepreise sind in der Krise nur unmerklich zurückgegangen; kein Wunder, da

der Zoll auf Getreide bereits höher ist, als der Weltmarktpreis für Getreide.

Von diesen hohen Zöllen auf Getreide hat der Großgrundbesitz den entscheidenden Vorteil. Er wird sein Produkt zu einem Preis los, der das Vielfache des Weltmarktpreises beträgt. Und wenn die deutsche Junkerkaste, die auf Betrieben haust, die auch unter kapitalistischen Gesichtspunkten längst bankrott sind, heute noch ihre feudalen Lebensgewohnheiten fortsetzen kann, so ist das nicht zum wenigsten den Hochschutzzöllen für Getreide zu danken, die das Vielfache der Friedenszölle betragen.

Positiv hat im Gegensatz dazu der Bauer von den Getreidezöllen nur sehr wenig. Denn nur ein bescheidener Bruchteil dessen, was er verkauft, fällt auf Getreide. Dazu muß ein beträchtlicher Teil von Bauern sogar Getreide für Viehfutter usw. einkaufen, so daß er an den hohen Preisen sogar zusetzt. Wie bekannt, sind nicht nur Getreide, sondern auch die für den Bauern unentbehrlichen Futtermittel für Schweine, Federvieh, Jungvieh (Mais, Reisabfälle usw.) durch Zölle maßlos verteuert, damit er die teuren Futtermittel vom Großgrundbesitzer beziehen muß. Das ist die direkte Wirkung der Getreidezölle auf die Lage der Bauernschaft. Die indirekte ist aber viel wichtiger. Wir haben in der Krise einen ungeheueren, in keiner bisherigen Krise je erreichten Abbau des Einkommens der breiten städtischen Massen, der Arbeiterlöhne und der Angestelltengehälter, aber auch des Einkommens der sogenannten selbständig städtischen Mittelschichten. Dieser Einkommensrückgang, der bei der Arbeiterschaft bereits die Hälfte des Einkommens aus der Zeit der Konjunktur beträgt, wirkt sich natürlich im Konsum dieser Schichten aus. Der Konsum muß immer mehr eingeschränkt werden. Er muß auf die notwendigsten Dinge zurückgedrängt werden. Wenn nun das Budget des Arbeiters und Angestellten in der Stadt, durch die hohen Getreide- und damit Brotpreise bereits vorbelastet ist, dann ist es klar, daß ihm von seinem immer geringer werdenden Wochenverdienst immer weniger übrig bleibt für die besseren, vom Bauern produzierten Lebensmittel, wie Fleisch, Eier, Gemüse, Butter, Geflügel usw. Die Folge ist, daß die Bauern, wenn sie ihre Produkte doch verkaufen wollen, mit einem außerordentlich geringen Preis zufrieden sein müssen und so haben wir in der Krise festzustellen, daß die Preise für Vieh und Viehprodukte außerordentlich stark gefallen sind. Die Preisentwicklung dieser Produkte verläuft absolut entgegengesetzt der Preisentwicklung für Getreide. Der größte Teil der Bauern bekommt heute

Landarbeiter wacht auf!

Kämpft in einer Front mit den Industriearbeitern!

In der Notverordnung der Papenregierung, die den Unternehmern die Handhabe für einen willkürlichen Einbruch in die bestehenden Tarifverträge und für Lohnherabsetzungen bis zu 50 Prozent bietet, wird den Landarbeitern ein besonderer Absatz gewidmet. Sie sollen, wenn der landwirtschaftliche Unternehmer Neueinstellungen vornimmt, bei mindestens 5 Prozent Neueinstellungen „nur“ 2 Prozent, und dann in weiter ansteigendem Grade bei mindestens 25 Proz. Neueinstellungen 10 Proz. ihres bisherigen Tariflohnes einbüßen.

Das ist auf den ersten Anschein noch eine gewisse Begünstigung gegenüber den Industriearbeitern, denen die Löhne nach derselben Notverordnung sogar bis zu 50 Prozent gekürzt werden können. In Wirklichkeit sind die Landarbeiter, die schon immer die am meisten ausgebeutete und am meisten entrechtete Arbeiterschicht bilden, auch hier am allerschlimmsten betroffen worden. Erstens beziehen sich die oben genannten Sätze nur auf die Barlohnberechnung. Wenn der für die Sachbezüge angesetzte Wert den des geldlichen Tarifvertragslohnes übersteigt (und jeder Großgrundbesitzer wird das behaupten), so werden die in der Notverordnung angegebenen Abzüge verdoppelt. Die Mehrzahl der Landarbeiter bezieht aber nicht nur Barlohn, sondern auch sogenanntes Deputat, wird also von diesem verdoppelten Abzug betroffen! Außerdem werden bei den Industriearbeitern nur die Löhne für die 31.—40. Wochenstunde heruntergesetzt, bei den Landarbeitern aber die Gesamtlohne.

Was das für einen Landarbeiter und gar für eine ganze Landarbeiterfamilie bedeutet, kann jeder ermesen, der sich vergegenwärtigt, auf welchem tiefen Stande die Landarbeiterlöhne sich bei uns in Deutschland von jeher und speziell in den letzten Jahren mit ihrem ständigen Lohnabbau auch in der Landwirtschaft befinden. In Schlesien z. B. kommt einschließlich des relativ hoch bewerteten und dadurch den Nominallohn noch relativ hoch erscheinenden Deputatlohnes ein Gesamt-Jahreslohn von knapp 900 Mark heraus. Ueber 1000 Mark liegt er nur in einigen Gebieten.

Nach einer dieser Tage in einem christlichen Gewerkschaftsblatt zitierten Berechnung sind die Barlöhne der ostdeutschen Landarbeiterschaft allein in den letzten anderthalb Jahren (noch vor der neuen Notverordnung) bis zu 25 Prozent herabgesetzt worden. Der Spitzen-Stundenlohn eines nur gegen Barlohn beschäftigten Arbeiters betrug z. B. im Frühjahr d. J. in Schlesien 10,5 Pfg. pro Stunde, in Ostpreußen (Gumbinnen) sogar nur 6,7 Pfg., in Brandenburg zwischen 12 und 15,5 Pfg.

Jeder wird zugeben müssen, daß der Landarbeiter genau so wie der Industriearbeiter das allergrößte Interesse an der Beseitigung einer solchen Ausbeuter-Wirtschaft und insbesondere und unmittelbar an der Beseitigung der Papen-Notverordnung hat. Darum müssen Land- und Industrieproletarier bewußt zusammenstehen und eine gemeinsame feste Kampfesfront schmieden.

Der Kampf gegen tausendjährige Bauern-Unterdrückung

Was hat der Bauer aus der Geschichte zu lernen?

so wenig für seine Produkte, daß er von der eigenen Arbeit nicht mehr leben kann, daß er von der Substanz zehrt. Die Bauern, die noch von ihrer alten Tradition her beeinflusst sind, glauben zu einem großen Teil, daß die höheren Preise haben würden, wenn man auch die Einfuhr von Vieh und Viehprodukten mit hohen Zöllen belegen würde. Aber dieser Glaube ist trügerisch. Durch hohe Zölle würde die Kaufkraft der breiten Massen in den Städten nicht gehoben werden. Durch hohe Zölle würden also die Bauern keinen höheren Erlös beim Verkauf ihrer Produkte haben.

Dem Bauern kann heute nur dadurch geholfen werden, daß das Einkommen der breiten Massen in den Städten, vor allem der Angestellten und Arbeiter, steigt.

Nur wenn die Massenkaufkraft in den Städten höher wird, kann der Bauer für seine Produkte Preise erzielen, daß er nicht weiter verelendet, daß er sich durch seine Hand Arbeit ernährt. Das heißt:

Mehr denn je lauten so in dieser Krise die Interessen der breiten Massen der Bauern und selbstverständlich auch der Landarbeiter mit den Interessen der breiten Massen der Angestellten und Arbeiter in den Städten zusammen.

Das schließt in sich, daß gemeinsame Interessen der Bauern und der Arbeiter verbunden im Kampf gegen den Großgrundbesitz. Es ist fraglos, daß ein großer Teil der Bauern das noch nicht weiß, daß er an seinen alten Denkgewohnheiten festhält, daß er immer noch auf Zölle vertraut und daß er hofft, im engsten Bund mit dem Großgrundbesitz die Zölle durchzusetzen.

Es wird ausdauernde, schwere und mühselige Arbeit kosten, um den Bauer soweit zu bringen, daß er begreift, daß er heute seine Interessen nicht mehr mit, sondern nur gegen die Junkerklasse durchsetzen kann.

Das Pappische Agrarprogramm, die Pläne, die Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Produkte zu verringern, ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Bauern werden das sehr bald erkennen. Sie haben nämlich ein untrügliches Barometer für die Wirksamkeit dieses Programms, das ist ihre eigene Lebenshaltung, das sind das Wachsen oder Abnehmen ihrer Schulden. Der Bauer ist ein langsamer Rechner, aber ein guter Rechner.

Wir haben hier heute ein Feld vorzustößen. Es gilt, dieses auszunutzen, es gilt, dem Bauer zu zeigen, daß es der Kapitalismus in seinem Niedergang ist, der ihm sein Eigentum wertlos macht und entreißt. Es gilt, ihm zu zeigen, daß er nur dann wieder zu einer menschenwürdigen Existenz kommen kann, wenn er im Bunde mit den städtischen Massen gegen den gemeinsamen Feind, gegen Junker und Monopolkapital steht. Daher rufen wir den Bauern, den Landarbeitern zu: Her zu uns, laßt Euch auch jetzt bei den Wahlen nicht von deutschnationalen und nationalsozialistischen Bauernführern betören, sondern kämpft und stimmt für die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die stets eintritt für die

einheitliche Kampffront aller Arbeiter und Kleinbauern!

Weg mit der Schlachtsteuer!

Zu den vielen Steuern, die die arbeitende Bevölkerung und besonders auch die Kleinbauern bedrücken, ist in neuerer Zeit noch die Schlachtsteuer gekommen. Diese Steuer ist direkt geeignet, der schaffenden Bevölkerung noch den letzten Bissen zu verteuern. Bei jeder Schlachtung, ob sie im städtischen Schlachthaus oder beim Kleinbauern im Hause vorgenommen wird, müssen mindestens zwei Mark an die Steuerkasse abgeliefert werden. In der Stadt wird die Steuer selbstverständlich auf die konsumierende Bevölkerung abgewälzt; da sie ohnedies sehr wenig Geld hat, kauft sie dafür weniger Fleisch, wodurch das Ueberangebot an Schlachtvieh steigt und der Preis, den der Bauer erhält, herabgedrückt wird.

Noch unmittelbarer wirkt sich die Steuer für die Hauschlachtungen auf dem Lande aus. Wenn der Kleinbauer oder der Landarbeiter sein mühselig aufgezogenes Schwein schlachtet, dann muß er von seinen geringen Barmitteln die Steuer bezahlen. Es ist daher erklärlich, daß besonders auf dem Lande eine große Empörung gegen diese Steuer herrscht.

Die Steuer wurde zuerst eingeführt in Bayern, und zwar auf Antrag der Bayerischen Volkspartei (Zentrum). Man „benötigte“ die Steuer, um die Riesensummen, die gerade der in Bayern so groß aufgeblähte Beamtenapparat und die unersättliche Kirche verschlingt, aufzubringen. In Preußen wurde die Schlachtsteuer durch Notverordnung der Braun-Severing-Regierung eingeführt. Die jetzige Diktatur-Regierung von Papen und Bracht denkt natürlich erst recht nicht daran, die Steuer wieder aufzuheben.

Die Nationalsozialisten haben, solange sie nirgends an der Macht waren, mächtig gegen diese Steuer gewettert und damit die Bauern für ihre Partei einzufangen versucht. Nun aber haben sie, wie z. B. in Oldenburg, wo sie die unumschränkte Regierungsmacht in der Hand haben, die Schlachtsteuer ebenfalls eingeführt. Die Bauern und Landarbeiter können daraus ersehen, daß sie von allen den Parteien, die sich so bauernfreundlich gebärden, ob Deutschnationale, Zentrum, Nationalsozialisten oder Sozialdemokraten, gleichermaßen betrogen werden.

Darum kämpft mit der Sozialistischen Arbeiterpartei nicht nur gegen Schlachtsteuer, gegen Bürgersteuer, sondern

gegen die ganze bürgerlich-kapitalistische Herrschaft.

Die Geschichte des Bauerntums in Deutschland sollte von den Massen des klassenbewußten Industrieproletariats in viel stärkerem Maße als bisher beachtet werden. Aber auch der Bauer sollte in dem Buche der Geschichte blättern. Dann würde es ihm nicht nur leichter fallen, die augenblickliche Junkerherrschaft zu durchschauen, die unter der Maske züchtiger Bauernfreundlichkeit ihr klassenmäßiges Herren-Interesse wahrnimmt, das sie Jahrhunderte hindurch dem Bauern gegenüber behauptet hat, obwohl sie immer von der „Interessengemeinschaft des kleinen und großen Grundbesitzers“ spricht. Dann würde auch der Bauer erkennen, daß nur die soziale Revolution, die seine Ahnen schon vor Jahrhunderten versuchten, ihn aus dem kapitalistischen Chaos, aus Not, Sorge und banger Erwartung der nahen Zukunft befreien kann. Blicken wir auf die

Geschichte des Bauerntums

zurück, dann begreift man erst, welche ungeheuren sozialen Zerfall das Bauerntum im Laufe der Geschichte von zwei Jahrtausenden in Deutschland durchgemacht hat. In germanischer Urzeit nämlich war der gesamte Boden unmittelbar, gemeinsamer Besitz des ganzen, in mehrere verwandte Gruppen gegliederten Volkes. Der dem einzelnen Dorf zugewiesene große Landstrich hieß die Mark. Das Mutterdorf bildete mit einer Anzahl von Tochterdörfern die sogenannte Markgenossenschaft, über der als großer Verband die Hundertschaft, der Gau stand. In markgenossenschaftlicher Solidarität, in kommunistischer Besitz-, Siedlungs- und Lebensgemeinschaft hatte die das ganze Volk umfassende Bauernmasse in dieser Zeit über die wichtigsten Produktionsmittel uneingeschränkt verfügt. Der genossenschaftliche Kommunismus sicherte dem einzelnen Genossen nicht nur gleichen Bodenanteil und gleiches Benutzungsrecht, sondern auch gleichen Anteil an der Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit.

Bald nach der Völkerwanderung setzte die Untergrabung der alten Markverfassung ein. Könige nahmen als Vertreter des Volkes die gewaltigen, dem Gesamtvolk gehörenden Ländereien fort und verschleuderten sie in riesigen Schenkungen an Feldherren, Aebte, Bischöfe und an ihr Hofgesinde. So entstand der spätere Großgrundbesitz von Adel und Kirche, während dauernde innere und äußere Kriege und die damit verbundenen Konfiskationen von

Grund und Boden große Teile der Bauernschaft schon zur Merovingenzeit im siebenten Jahrhundert völlig zugrunde richteten und ihres Grundbesitzes beraubten. Teils aus Schutzbedürfnis gegen die eindringenden Normannen und die Felder der Könige und Großen untereinander, teils mit List, Drohung und Gewalt und durch die Habgier derselben Großen und der Kirche wurde der Bauer genötigt, sein freies Land in Herrenland verwandeln zu lassen oder es von seinem Herrn zur Nutzung gegen Zins und Fron zu übernehmen. Der freie Bauer wurde ein zinszahlender und frönender Höriger oder gar ein Leibeigener.

Eine Ausnahme bildeten nur die sich vom 12. Jahrhundert an in Brandenburg und Schlesien ansiedelnden Kolonisten.

Der große Bauernkrieg

Im 14. und 15. Jahrhundert, als mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der Städte, namentlich in Süddeutschland und am Rhein und mit dem Aufkommen der reichen städtischen Patrizier, wurde das Bedürfnis nach diesem Glanz auch bei dem Adel wachgerufen. Bei der beginnenden Zwecklosigkeit des alten Wegelagereriums holte sich der Adel das Geld hierzu durch neuen Druck auf die Bauern. Zinsen und Fronen wurden gesteigert, die Hörigen durch willkürliche Uebertragung frisch eingeführter römischer Rechtsätze auf die anders gearteten deutschen Verhältnisse wieder zu Leibeigenen herabgedrückt und das noch vorhandene gemeine Markland in Herrenland verwandelt. Am drückendsten spürte der Bauer diese Lage in den geistlichen Territorien, wo ohnehin das Interesse des Bauern an der eigenen Einflußnahme auf die Gestaltung seiner Geschichte größer war, da diese Gebiete einer einheitlichen Regierungsgewalt entgingen. Zugleich aber wurden in diesen, zu zwei Dritteln der Kirche gehörenden Landstrichen auch die besonderen kirchlichen Formen der Knechtschaft sichtbar, die Mehrung des Kirchenbesitzes, die Willkür geistlicher Gerichtsbarkeit, die Ausleihung von Geld gegen ewige Renten trotz des Verbots der Zinsnehmung als einer wucherischen Handlung, und dies wurde als ein Widerspruch gegen die Religion doppelt unerträglich empfunden. Dazu kamen allgemeine politische Momente, auf die wir in diesem Abriß nicht näher eingehen können, und so erhoben sich gerade hier die Bauern

noch einer Anzahl kleinerer Aufstände zu jenem großen Krieg, der 1525 ganz Schwaben, Bayern und Franken bis ins Elsaß, die Pfalz, den Rheingau und Thüringen hinein überflutete, und der in der Erinnerung nicht nur des Bauerntums, sondern auch des Industrieproletariats als eine heldenhafte revolutionäre Erhebung, als die erste deutsche Revolution fortleben wird.

In zwölf Artikeln brachten die Bauern ihre Forderungen zum Ausdruck:

- Wahl und Absetzbarkeit der Geistlichen durch die Gemeinden.
- Abschaffung der Leibeigenschaft, des adeligen Fischerei- und Jagdrechts.
- Beschränkung der übermäßigen Fronen und Steuern.
- Rückgabe der den Einzelnen oder den Gemeinden entzogenen Waldungen und Weiden.
- Beseitigung der willkürlichen Justiz und Verwaltung.

Aber der Aufstand der schlecht bewaffneten und undisziplinierten Bauernmassen wurde niedergeworfen, und damit begann ein tragischer Abstieg des ganzen Bauerntums. Von da an datierte das erneuerte allgemeine Vorherrschen der

Leibeigenschaft

die auch in Norddeutschland und seit Mitte des 16. Jahrhunderts in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien, in Schleswig-Holstein seit Ende des 16. Jahrhunderts eingeführt wurde, zum Dank dafür, daß diese Bauernmassen sich nicht an dem Aufstand beteiligt hatten.

Die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse von der Natural- zur Geldwirtschaft, das Bedürfnis des Adels, nach dem Vorbild der größeren Landesherren und namentlich der Klöster, einen Teil des Besitzes für eigene Rechnung zu bewirtschaften, hatte zur Folge, daß die freien oder hörigen Zinsbauern jetzt in volle Leibeigenschaft verwandelt wurden. Der landwirtschaftliche Großbetrieb auf der Grundlage der leibeigenen Fronarbeit entstand.

Dann kam der Dreißigjährige Krieg mit seinen sengenden und plündernden Landknechtshorden. Wieder hatte der Bauer am meisten zu leiden. Und auf diese Zeit wieder folgte die Zeit der „unermessenen Dienste“, der unumschränkten Adels herrschaft, die zu allem Ueberdruß noch die vom Landesfürsten an den Grundherren verliehene Patrimonialgerichtsbarkeit über ihn brachte.

Stock und Peitsche herrschten,

und der Bauer, kraftlos, um selbst zu rebellieren, mußte erst durch das Ereignis der französischen Revolution auf dem linksrheinischen Ufer von diesem Druck befreit werden, während die Verhältnisse auf dem rechtsrheinischen Gebiet trotz Abschaffung der allerschmählichsten Adelsrechte und der sogenannten Ablösung der bäuerlichen Lasten noch nach der Schlacht von Jena nicht viel besser wurden. Ja, als die dritte französische Revolution 1848 auch in Deutschland eine revolutionäre Welle entfachte, da war die Ablösung in Preußen noch lange nicht zu Ende und in Bayern noch gar nicht angefangen.

Die Ablösung bestand darin, daß der Bauer dem „gnädigen“ Herrn zu dem bereits gestohlenen Bauernland aus früherer Zeit eine bestimmte Summe Geldes oder ein Stück eigenen Landes hinzugeben mußte, um wenigstens den Rest seines Landes als freies, unbelastetes Eigentum zu sichern. Und „frei“ ist der Bauer jetzt. Aber wie weiß ist er entfernt von dem freien Markgenossen der ersten germanischen Zeit! Der Schutz und die Beteiligung an der selbstverwaltenden Markgenossenschaft und sein Anteil an den Nutzungen der früheren Mark ist dahin. Sein Gut ist bis zur Lebensunfähigkeit verkleinert und seine Selbstständigkeit in einem Augenblick erreicht, wo die landwirtschaftliche Großproduktion als überlegener Konkurrent neben ihm entstand. Trotz angestrengtester Arbeit in der Wirtschaft ist der Bauer heute oft gezwungen, alle seine Produkte bis auf Mehl und Kartoffeln zu verkaufen. Das heißt, daß

der Klein- und Zwergebauer derselben Unterernährung mit all ihren katastrophalen Folgen ausgeliefert ist wie der Arbeiter in der Stadt.

Gebäudeinstandhaltung, Heizmaterial, Kraftfutter, Kleidung und Lebensmittel für die Familie, dazu die untragbaren hohen Steuern treiben ihn zur Verschuldung, liefern ihn den Banken aus. Es gibt Bauern, deren Bareinkommen heute zwischen 300 und 800 Mark im Jahre schwankt. Und so unterscheidet sich der kleine Bauer heute vom industriellen Proletariat und dem Landarbeiter, der unter denselben, ja noch schlechteren Existenzbedingungen lebt, oft nur dadurch, daß er noch im Besitz seiner Arbeitsmittel ist. Dem Bauern bleibt heute nur die Wahl, entweder unter der Herrschaft des Kapitals und der feudalen Reaktion mit seinem kleinen bürgerlichen Privateigentum zugrunde zu gehen, oder im Bündnis mit der Arbeiterschaft gegen seine jahrhundertlangen Ausbeuter und Feinde für die genossenschaftliche Wirtschaftsweise der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu kämpfen.

Erich Kunze.

An die Dorfarmut

Was Lenin sagte:

„Es gibt kein Mittel in der Welt, das die Armen in Stadt und Land plötzlich von der Arbeit für die Reichen befreien könnte. Das arbeitende Volk darf auf niemanden hoffen, auf niemanden rechnen, als nur auf sich selbst.“

Um das zu wissen, muß man sich ganz klar darüber sein, woher das Elend gewaltiger Volksmassen in den jetzigen sozialen Verhältnissen kommt. Reiche Städte wachsen empor, es werden prachtvolle Geschäfte und Häuser gebaut, Eisenbahnen gelegt, allerhand Maschinen und Vervollkommnungen in Industrie und Landwirtschaft eingeführt — aber die Millionen des Volkes kommen aus ihrem Elend nicht heraus, arbeiten fortgesetzt, ihr ganzes Leben lang, nur für den Unterhalt der Familie. Mehr als das: immer größer wird die Zahl der Arbeitslosen. Immer größer wird in Stadt und Land die Zahl der Leute, die keine Arbeit finden können. Auf dem Lande hungern sie, in den Städten vermehren sie die Scharen der Vagabunden und Tagelöhne, sie leben wie Tiere in den Erdhöhlen der Vorstädte oder in entsetzlichen Spelunken und Kellerwohnungen.

Wie kann das sein? Reichtum und Luxus wachsen, und die Millionen und aber Millionen, die all diese Reichtümer durch ihre Arbeit schaffen, bleiben trotzdem in Not und Elend? Die Bauern sterben vor Hunger, die Arbeiter gehen ohne Arbeit herum, die Kaufleute aber führen Millionen von Zentnern Getreide nach dem Ausland aus, die Fabriken und Betriebe stehen still, weil man nicht weiß, wo man die vielen Waren hintun soll, weil man sie nirgends absetzen kann?

Das geschieht vor allem darum, weil ein ungeheurer großer Teil des Grund und Bodens, ferner die Fabriken, Betriebe, Werkstätten, Maschinen, Gebäude, Dampfer einer geringen Zahl von Reichen als Eigentum gehören. Auf diesem Boden, in diesen Fabriken und Werkstätten arbeiten viele Millionen Menschen — sie gehören aber wenigen Tausenden oder wenigen Zehntausenden von Reichen, Gutsbesitzern, Kaufleuten und Fabrikbesitzern. Für diese Reichen arbeitet das Volk gegen Lohn, gegen Bezahlung, für ein Stück Brot. Alles, was über den elenden Lebensunterhalt der Arbeiter hinausgeht, all das geht in die Hände der Reichen, all das ist ihr Gewinn, ihr „Einkommen“. Alle Vorteile von den Maschinen, von den Verbesserungen in der Arbeit sind für die Grundbesitzer und Kapitalisten vonnutzen: sie häufen Millionenreichtümer an, die Arbeiter aber erhalten von diesem Reichtum nur armselige Brocken.

Weiter. Das Elend des Volkes hat in allen modernen Staaten seinen Ursprung darin, daß die Arbeiter allerhand Gegenstände für den Verkauf, für den Markt herstellen. Der

Fabrikbesitzer und der Handwerksmeister, der Gutsbesitzer und der wohlhabende Bauer stellen diese oder jene Gegenstände her, züchten Vieh, säen und ernten Getreide, und alles für den Verkauf, um Geld zu erhalten. Das Geld ist jetzt überall die Hauptmacht geworden. Die Erzeugnisse der menschlichen Arbeit jeder Art werden gegen Geld eingetauscht. Für Geld kann man kaufen, was man will. Für Geld kann man sogar den Menschen kaufen, d. h. den besitzlosen Menschen zwingen, für den zu arbeiten, der Geld hat. Für Geld kann man Land kaufen, soviel man will. Ohne Geld kann man auch mit dem Land nicht viel anfangen: wofür sollte man denn einen Pflug oder andere Geräte, wofür Vieh, Kleidung und alle möglichen anderen städtischen Waren kaufen, ganz abgesehen vom Steuerzahlen?

Um des Geldes willen führen jetzt alle einen erbitterten Kampf gegen einander. Jeder bemüht sich, möglichst billig zu kaufen, möglichst teuer zu verkaufen, jeder bemüht sich, den andern zu überflügeln, möglichst viel Ware zu verkaufen, die Preise herabzudrücken, eine vorteilhafte Absatzquelle oder vorteilhafte Lieferung vor dem anderen zu verheimlichen. Die kleinen Leute, der kleine Handwerker und der kleine Bauer sind in diesem allgemeinen Wettkampf um das Geld am schlimmsten dran, sie bleiben stets hinter dem reichen Kaufmann oder dem reichen Bauer zurück. Sie haben nie Vorräte, sie leben von einem Tag auf den andern, sie sind gezwungen, bei jeder Schwierigkeit, bei jedem Unglücksfall ihre letzte Habe zu versetzen oder ihr Arbeitsvieh für einen Spottpreis zu verkaufen. Sind sie einmal in die Klauen irgend eines Wucherers gefallen, so gelingt es ihnen nur in den seltensten Fällen, sich von den Fesseln zu befreien, meist aber werden sie ganz zugrunde gerichtet. In jedem Jahr verriegeln Zehntausende und Hunderttausende von kleinen Bauern und Handwerkern ihre Hütten, geben ihren Landanteil der Gemeinde umsonst ab und werden Lohnarbeiter, Landarbeiter, ungelernete Arbeiter, Proletariat. Die reichen Leute dagegen bereichern sich in diesem Kampf um das Geld immer mehr. Die reichen Leute sammeln in Banken Millionen und Abermillionen.

Darum sagen wir, daß man dem Volkselend nur dann ein Ende setzen kann, wenn man die jetzigen Zustände im ganzen Staat von unten bis oben hinauf ändert und die sozialistische Ordnung errichtet, d. h. wenn man den Großgrundbesitzern ihre Güter, den Fabrikbesitzern ihre Fabriken und Betriebe, den Bankherren ihr Geldkapital wegnimmt, wenn man ihr Privateigentum aufhebt und dieses in die Hände des gesamten Arbeitervolkes im ganzen Staate legt.

Der Sinn unserer Wahlbeteiligung

Am 13. September, dem Tage der Reichstagsauflösung, ist die Arbeiterklasse um eine Erfahrung reicher geworden: der Parlamentarismus hat abgewirtschaftet. Die herrschende Klasse richtet sich nicht mehr nach Stimmzettelergebnissen, am allerwenigsten nach Abstimmungen im Parlament. — Am 6. November soll ein Reichstag nach dem Willen der Regierung Papen gewählt werden. Papen hofft bei dieser Wahl, die aus Nationalsozialisten und Zentrum bestehende Mehrheit zu brechen, damit die Nationalsozialisten regierungsfähig werden. —

Dadurch, daß die Nationalsozialisten bei den letzten Gemeindevahlen beträchtlich an Stimmen verloren haben und wahrscheinlich auch bei der Reichstagswahl an Stimmen verlieren werden, ist natürlich die faschistische Gefahr keineswegs geringer geworden. Dem Faschismus kann dadurch wohl die Massenbasis entzogen werden, ungefährlicher ist er deshalb für das Proletariat nicht. Daran können auch die demagogischen Mäntel der Nazis, sich in sozialistischen Tönen zu überschlagen, nichts ändern. Nicht einen Augenblick darf die Arbeiterschaft die Rolle der Nationalsozialisten in der Niedergangsepoche des Kapitalismus vergessen. Der Faschismus ist und bleibt der letzte Auswegversuch des Kapitalismus aus der Krise. Wenn die jetzigen Herrscher die Nationalsozialisten die Macht noch nicht mit ausüben lassen, so liegt das daran, daß sie ihrer noch nicht bedürfen. — Der Faschismus ist nicht parlamentarisch zu schlagen. —

Die wichtigste Aufgabe unserer Partei ist nach wie vor die Schaffung der proletarischen Einheitsfront. Wir müssen alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen zusammenführen in der außerparlamentarischen Aktion, um den Faschismus zu überwinden.

Der Arbeiterklasse ist jetzt die letzte Chance geboten. Der Erfolg hängt in erster Linie von unserer Aktivität ab. Bei den kleinsten Tageslosungen müssen wir einsetzen. Der wirtschaftliche Tageskampf wird heute in den Gewerkschaften geführt. Die vielen Streiks gegen den Lohnraub unter Führung der Freien Gewerkschaften sind Beweise dafür. Wollen wir die Arbeitermassen zur Aktion führen, müssen wir Einfluß auf die Massenorganisationen der Arbeiterschaft gewinnen. —

Die SPD hält immer noch daran fest, daß Machtfragen mit dem Stimmzettel entschieden werden. Der 6. November soll die „Entscheidung“ bringen. Sie rechnen mit der Vergeßlichkeit der Wähler, die erst am 31. Juli eine solche „Entscheidungsschlacht“ geschlagen haben.

Der ADGB-Vorsitzende Leipert beklagt sich in einer Kundgebung an die Gewerkschaftsmitglieder bitter darüber, daß die Reaktion sie zwingt, „neue Wege“ der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Sie wollten doch „auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen.“ Und nun hindert sie die böse Reaktion daran, und zwingt ihnen „neue Wege“ auf. Welches sind die „neuen Wege“? — Eben erst sind die, die glauben, die Gewerkschaften würden jetzt den Weg des revolutionären Klassenkampfes beschreiten, durch den kampflösen Abschluß des Hamburger Verkehrsarbeiterstreiks, erneut enttäuscht worden. Die SPD und die Gewerkschaften, die heute noch über den Masseneinfluß verfügen, der notwendig wäre, entscheidende Aktionen auszulösen, haben durch ihre reformistische Politik die Massen kampfunfähig gemacht und ihnen das Vertrauen zum Sozialismus genommen.

Und die KPD? Sie hat durch ihre ultralinke Politik jeden Einfluß in den Massenorganisationen verloren. Die an sich richtige Parole des Generalstreiks am 20. Juli mußte verpuffen, weil die Gewerkschaften nicht hinter der Parole standen. Nicht einmal die Mitglieder der KPD befolgten die Parole der Partei.

Hinzu kommt der parlamentarische Kretinismus, dem auch die KPD zu erliegen scheint. Nibelund verkündete die KPD-Presse bei der „Niederlage“ Papens im Parlament am 13. September „Sieg der KPD über Papen“. Wurde doch auch der Stimmzuzwachs der KPD am 31. Juli als „Durchbruchschlacht“ gefeiert. Dieses ist genau so unsinnig, wie die Behauptung der „Roten Fahne“ anlässlich der Absage Adolf Hitlers an Papen. Die „RF“ schrieb damals: „Der Ausgang der Verhandlungen ist der Ausdruck der durch das schnelle Anwachsen der revolutionären Kräfte in der Antifaschistischen Aktion verursachten tiefgehenden Verzerrung im Lager der Bourgeoisie. Die gestrigen Verhandlungen im Reichspräsidentenpalais, mögen es die Herrschaften auch nicht eingestehen, standen unter dem Druck der Straße, der stürmisch wachsenden antifaschistischen Massenstimmung und Kampfbereitschaft der schnell an Einfluß gewinnenden Antifaschistischen Aktion.“

Wir sehen an diesen Beispielen, daß die SPD nicht kämpfen will und daß die KPD versucht, durch großsprecherische Illusionen ihre Kampfunfähigkeit zu verbergen. Es ist deshalb in erster Linie die Aufgabe der SAP, die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung zu sammeln. Die SAP hat keine parlamentarischen Illusionen. Wir müssen gerade diesen Wahlkampf benutzen, um die noch vorhandenen parlamentarischen Illusionen bei den Arbeitermassen gründlich zu zerstören.

Die Lage der Arbeiterklasse kann nur geändert werden, durch den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter, unter Einsatz außerparlamentarischer Mittel, zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der Aktionsradius unserer Partei wird auch nicht in erster Linie dadurch bestimmt, wieviel Stimmen wir bei Parlamentswahlen bekommen, sondern durch den Einfluß, den wir

Erfolgreicher kulturpolitischer Kampf

Sachsentagung der freien Schulgesellschaften

Am 15. und 16. Oktober tagte im Dresdner Volkshaus der Landesverband Sachsen des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands. Erfreulich sind die Erfolge des kulturpolitischen Wirkens. So werden in Sachsen die Kirchen nur noch von 0,2 bis 2 Prozent der Bevölkerung besucht. In den Großstädten ist die Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht auf 30 Prozent gestiegen. Etwa 40 Prozent der Eheschließungen werden heute schon ohne die Kirche vollzogen und rund 34 Prozent der Kinder werden heute schon nicht mehr getauft. Gegen diese Entwicklung führt die Kirche einen wütenden Kampf, insbesondere gegen die freigewählte Lehrerschaft. Die Zusammenarbeit aller freigewählten Organisationen, die im letzten Jahre angebahnt wurde, hat sich vorzüglich bewährt. Ohne die Mitwirkung des Deutschen Freidenkerverbandes — so wurde von dem Vorsitzenden Leopold hervorgehoben — hätten die Erfolge auf dem kulturpolitischen Kampfabschnitt niemals erzielt werden können. Genosse Leopold wurde wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt.

In den von der Vertretertagung angenommenen Entschlüsse kommt zum Ausdruck, daß Lehrer und Eltern im Kampfe um Anerkennung und Gleichberechtigung der Freien Schule zusammenstehen müssen, wenn weiterer Schulabbau abgewehrt werden soll. Gefordert wurde ferner von der Landesschulbehörde:

1. keine weitere Auffüllung der Klassen zu Ostern 1933;
2. daß für das 9. und 10. Schuljahr der hiesigen Klassen, der Volksschulen und der Vollklassen der Berufsschulen Schulgeld nicht erhoben wird;
3. daß die Schulhäuser und Unterrichtsräume regelmäßig (1) gereinigt werden;
4. daß die Lernmittelfreiheit mindestens für die Kinder der Erwerbslosen, Fürsorge- und Rentenempfänger sichergestellt wird.

Diese Forderungen machen wir uns restlos zu eigen. Wirklich werden sie aber nur werden, wenn die ganze Arbeiterklasse ihren Kampf in erster Linie außerparlamentarisch führt!

Einheitsfrontarbeit

(Eigener Bericht der SAZ)

Heidenau (Sa.), 18. Oktober.

Die Arbeit an der Herausbildung der Einheitsfront im ersten Jahr des Bestehens unserer Partei hat uns Erfahrungen gebracht, die wir im Interesse der Arbeiterklasse ausnützen müssen. Das trifft nicht nur für die Verhältnisse im Reichsmaßstab, sondern auch für die örtlichen Verhältnisse zu. Es hat sich gezeigt, daß nur ein Anschreiben an die örtlichen Parteileitungen in der Regel nicht genügt, ein Kartell zu schaffen. Es gehört zu diesem Wirken eine breitere Basis.

Für uns in Sachsen ist eine günstige Gelegenheit durch die Gemeindevahlen am 13. November geboten, der Arbeit an der proletarischen Einheitsfront neuen Auftrieb zu geben. Denn hier erhebt sich die Frage der Listenverbindung als konkrete Tagesaufgabe vor der Arbeiterschaft und gerade das Konkrete der Situation kann von uns bei richtiger Taktik erfolgreich ausgewertet werden. Wir haben trotz der unergieblichen Diskussionen in der KPD und SPD-Pressen über die Listenverbindung im Landesmaßstab die örtlichen Parteileitungen zu zwingen von sich aus klar und eindeutig Stellung zu nehmen.

Zunächst haben wir bei uns in Heidenau in einer Versammlung der Freidenker den Antrag gestellt, die Delegierten der Freidenker-Ortsgruppe im Sportkartell — das ist die einzige überparteiliche Organisation im Orte — zu verpflichten, sich für die Listenverbindung der SAP, KPD und SPD im Orte einzusetzen, falls diese Frage im Sportkartell be-

handelt wird. Nach kurzer Diskussion wurde unser Antrag gegen 2 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen der Kommunisten angenommen. Das war der erste politische Erfolg unseres Vorstoßes. Darauf richteten wir ein entsprechendes Schreiben an den Vorsitzenden des Sportkartells, der sich nach kurzer persönlicher Aussprache bereit erklärte, — er gehört der SPD an — sich für unser Vorgehen mit einzusetzen. Unser Schreiben enthielt die Forderung an das Sportkartell, den Beschluß zu fassen, ein Schreiben an die örtlichen Parteileitungen zu richten und ihnen darin mitzuteilen, daß das Sportkartell eine Listenverbindung im Interesse der Arbeiterbewegung für unumgänglich halte, als Ansatz zur Bildung der proletarischen Einheitsfront im außerparlamentarischen Kampfe. Das Ergebnis war einstimmige Annahme unseres Vorschlags. Die Vollversammlung des Sportkartells setzt sich aus Delegierten aller Parteileitungen zusammen. Dieser Beschluß bleibt für uns eine wesentliche politische Grundlage unserer weiteren Arbeit an der Schaffung der Einheitsfront. Erst nach dieser Vorarbeit werden wir, erneut an die örtlichen Parteileitungen herantreten. Wir haben durch die Beschlüsse der Freidenker und des Sportkartells von vornherein eine wesentlich günstigere Situation als in früheren Fällen.

Wir dürfen uns nicht verleißen lassen, wegen etwaiger Mißerfolge an dieser zentralen Aufgabe, weniger als bisher zu arbeiten. Erfolge sind möglich, wenn an der richtigen Stelle angesetzt wird, unter Berücksichtigung der richtigen Taktik; mit Ausdauer und Zähigkeit verbunden führt das zu Erfolgen.

Hamburg rüstet zum Wahlkampf

(Eigener Bericht der SAZ)

Hamburg, 20. Oktober.

Der Ortsverein Hamburg der SAP hatte am 14. 10. 32 zu einer Generalversammlung eingeladen. Der erste Teil dieser Veranstaltung, das Referat des Gen. Kurt Rosenfeld, war öffentlich.

Der Gen. Kurt Rosenfeld, der in Hamburg mit besonderer Freude empfangen wurde, hielt ein groß angelegtes Referat. In der Diskussion wurden einige Anfragen an den Gen. K. Rosenfeld gerichtet, die er in besonders feiner und klarer Weise im Schlußwort zu beantworten wußte.

Als unsere Gäste den Saal verließen, konnten wir feststellen, daß insbesondere auch die älteren Genossen der SPD stark vertreten waren und daß die zum Kauf angebotene Broschüre: „Was will die SAP?“ von Gen. Frölich schnell genommen wurde. Alles in allem ein voller Erfolg, der einen Stimmzuzwachs, aber auch Mitgliederzuzwachs erwarten läßt.

als revolutionärer Faktor auf die Massenorganisationen der Arbeiterschaft ausüben können.

Das heißt nun nicht, daß wir auf Stimmwerbung verzichten sollen; denn jede für die SAP abgegebene Stimme ist ein Bekenntnis für den außerparlamentarischen Kampf, ist eine Demonstration gegen die falsche Politik der SPD und KPD, ist ein Schritt vorwärts zur wirklichen revolutionären proletarischen Einheitsfront! — Nur darum beteiligen wir uns an der Wahl. —

Nur darum rufen wir das Proletariat auf, für die Listen der SAP zu stimmen. — Unsere Aufgabe in diesem Wahlkampf ist die Erkenntnis, daß nicht der Parlamentarismus die Arbeiterklasse vor dem Untergang in die Barbarei retten kann, sondern nur die geeinte Arbeiterklasse durch die außerparlamentarische Aktion auf revolutionärer Grundlage, in weiteste Kreise der Arbeiterschaft zu tragen. Bs.

Im organisatorischen Teile bewies die rege Teilnahme und die fast einstimmige Annahme der Beschlüsse, daß wir auf eine kampfkraftige Parteimitgliedschaft blicken können. Die Wahlen zum Ortsvorstand ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Arthur Busch, 2. Vorsitzender Gen. Ferdinand Kalweit, Kassierer Gen. Fritz Lange, Beisitzer Gen. Arthur Langmann und Gen. Hermann Friedemann.

In derselben Einmütigkeit wurde die Kandidatenliste zur Reichstagswahl mit folgenden Genossen besetzt: Max Seydewitz, Berlin; Willi Elsner, Sozialbeamter, Hamburg; Franz Bobzien, Lehrer, Hamburg; Arthur Busch, Maler, Hamburg; Arthur Langmann, Bankangestellter, Hamburg.

Mit einem Appell zur freudigen Mitarbeit im Wahlkampf endete die Versammlung.

Kommunistenprozeß in Hamburg

(Eigener Bericht der SAZ)

Hamburg, 20. Oktober.

In Hamburg läuft vor dem Schwurgericht z. Zt. ein politischer Prozeß. Angeklagt sind 9 Kommunisten. Die Öffentlichkeit ist gerade an diesem Prozeß erheblich interessiert. Folgender Tatbestand liegt zugrunde. Am Sonntag, dem 10. April 1932, war die damalige Wahlschlacht auf ihrem Höhepunkt angelangt. An diesem Tage sollen nun nach der Anklage sich die Kommunisten zusammengerottet haben, um unter der Parole: „Schlagt die Faschisten 24 Stunden lang, wo ihr sie trefft!“, den armen Nazis Leid anzutun. Sie sollen dann aus der Rothenburger Gegend, nach der Eifflerstraße/Wendenstraße zu gezogen sein. Dieser Zug, der Wahlpropaganda machen wollte, war von vier bewaffneten KPD-Genossen begleitet. Unterwegs sind ihnen erst zwei Nazis begegnet, die mit Kinnhaken abziehen durften, diesen sollen zirka 10 bis 15 SA-Leute im

Sturm auf zu Hilfe gekommen sein. In diesem Moment ist eine der üblichen Straßenschlachten entstanden. Das Resultat: 2 Nazis sind erschossen, einer verletzt.

Bei der Beweisaufnahme standen die Beklagten voll zu ihren Taten. Sie hatten sich am 10. April 1932 getroffen, um für ihre Partei zu werben. Da sie bei dieser Werbung die Gewalttaten der Nazis erwarteten, haben sie den Zug schützen lassen. Man kann es den Kommunisten bestimmt nicht verdenken, daß sie diesen Schutz durch Genossen und nicht durch die Polizei ausüben ließen.

Da ein großer Teil der Zeugen Nationalsozialisten sind, so hat man immer wieder, trotz Eidesablegung, das Empfinden, daß Voruntersuchung und Beweisaufnahme ein einseitiges Bild ergeben müßten.

Die Anklage wird vom Oberstaatsanwalt Dr. Lehmann, und, als Vertreter der Nazis und Nebenkläger, vom Nazianwalt Dr. Raeko vertreten. Oberstaatsanwalt Dr. Lehmann führt die Anklage zusammen, indem er den sämtlichen Angeklagten Landfriedensbruch und Raufhandel vorwirft. Bei vier Angeklagten kommen noch die Verstöße gegen die politische Notverordnung etc. bei drei Angeklagten qualifizierter Landfriedensbruch und bei zwei Angeklagten Totschlag resp. versuchter Totschlag hinzu. Er bringt dann seine Anträge, die

- 29 Jahre 2 Monate Zuchthaus und 6 Jahre 3 Monate Gefängnis

umfassen.

Für den Angeklagten Pricke: wegen zweimaligem Totschlag, einem versuchten Totschlag, qualifizierten Landfriedensbruch etc., 15 Jahre Zuchthaus.

Für den Angeklagten Kuhl: 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus; für den Angeklagten Gessner 4 Jahre Zuchthaus; für den Angeklagten Skrypsock 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus; für den Angeklagten Blajocki 3 Jahre Zuchthaus.

Die anderen Angeklagten sollen von 2 Jahren Gefängnis bis 9 Monate Gefängnis erhalten. Der Nebenkläger Dr. Raeko versucht den Oberstaatsanwalt zu übertrumpfen. Gibt dieser den Angeklagten zu keinen „überlegten“ Mord, sondern nur „Totschlag“ beryangen zu haben, so plüdiert dieser auf „vorsätzlich, überlegten Mord“. Wenn er auch nicht die dementsprechenden Anträge stellt, so legt er den Geschworenen doch die Todesstrafe nahe. Was anderes soll die Ermunterung bedeuten, wenn er sagt: Lassen Sie gegen dies Mordgesindel keine Milde herrschen, geben Sie die gesetzlich höchst zulässige Strafe. In Hamburg ist ja doch seit 1912 kein Todesurteil vollstreckt!

Ueber die Plädoyer der Verteidiger werden wir noch berichten. O. K. S.

Angeklagte kämpfen um ihr Recht Hungerstreik im Prozeß Felsenack

Die kommunistischen Angeklagten im Prozeß Felsenack sind, soweit sie sich in Haft befinden, gestern zum Protest gegen die Verhandlungsführung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Böhmert, in den Hungerstreik getreten.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung erschien Rechtsanwalt Dr. Fritz Löwenthal im Verhandlungssaal und teilte mit, daß er im Auftrage der Roten Hilfe die Verteidigung der bisher von Rechtsanwalt Litten verteidigten zehn Angeklagten übernehme, um zu verhindern, daß die Angeklagten von dem ihnen aufgenötigten Offizialverteidiger, Rechtsanwalt Dr. Plaut, vertreten werden.

Um 11½ Uhr bat die Angeklagte Andre und Hirsch um eine kurze Pause, da sie austreten müßten. Der Vorsitzende gestattete das nicht, er erklärte, daß er für 12 Uhr die Mittagspause angesetzt habe.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal kritisierte scharf dieses Verhalten des Vorsitzenden und bezeichnete es als einen Skandal. Die Erregung der Angeklagten steigerte sich so, daß der Angeklagte Herrling Krämpfe bekam und um sich schlug.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal: Können Sie das verantworten, daß sich die Angeklagten in die Hosen machen müssen?

Landgerichtsdirektor Böhmert gibt darauf keine Antwort.

Nachdem dann der Gefängnisarzt, Medizinalrat Dr. Schlegel, den Angeklagten Herrling auf Grund einer Untersuchung für verhandlungsfähig erklärt hatte, gab es noch eine erregte Debatte über verschiedene Beweisanträge der Verteidigung. Der Angeklagte Wenzel kündigte hierbei an, daß die angeklagten Kommunisten zum Protest gegen die Verhandlungsführung in den Hungerstreik getreten seien. Sie hätten das ihnen eben vorgeschetzte Mittagessen zurückgewiesen.

Die Sorgen des Herrn Dr. Bracht

Wir lesen in der „Berliner Volkszeitung“:

Der stellvertretende Reichskommissar Dr. Bracht scheint der Polizei neuerdings seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Seit einigen Tagen ist es Frauen nicht mehr gestattet, die Polizeiuferkünfte zu betreten, um Polizeibeamte zu besuchen. Ferner dürfen die Beamten in ihren Schlafräumen aus den Schränken und Kommoden keine Schlafnischen mehr bauen. Der ganze Raum soll beim Betreten vollkommen zu übersehen sein. Ferner trägt man sich mit der Absicht, den Polizeibeamten in ihrem Privatverkehr in der Freizeit vorläufig keine Zivilkleidung zu erlauben. Diese Anordnung würde besonders bei den unteren Beamten Verärgerung hervorrufen. Die Offiziere sollen, um ihnen diese Pille schmackhaft zu machen, neben dem Degen, der kürzlich wieder eingeführt wurde, nun auch goldene Achselstücke und goldene Zahlen bekommen.

Besten Korn? Sonnabend **Gratis**

Bitte, probieren Sie
22. Okt., abds. 8 Uhr
werden in unseren
Gaststätten je 200 Glas

Schindewan
Korrespondenz
verabfolgt
Nachricht
Mit unserer
Spezialkarte
Hilft ab 50 Pf.
Sie sind uns
herzlich
willkommen.

Schiffswär-Besetzung:
und Spezial-Fischverkauf
Klosterstr. 104 (Stammh.)
Hilberplatz 67
Brockau, Breslauer Str. 2
Friedrich-Wilhelm-Str. 45
Hirschstraße 50
Junkerstraße 37
Katharinenstraße 9
Messestraße 19/21
Matthiasstraße 102
Mühlgasse 17, 1
Neudorfstraße 10
Rosenhainer Straße 79
Treibitzer Straße 54
Wellenburger Str. 13
Westendstraße 40

Schlesischer Arbeiter-Sport Fußballvorschau für den 23. Oktober 1932

Das Meisterschaftsspiel Südost-Tasmania in Oltaschin beginnt **13.30 Uhr**. — Falke Oels um **16.00 Uhr** in Gandau.

Der kommende Sonntag bringt die Fortsetzung der Freizeitspiele am Breslauer Fußballplatz. Diesen Spielen kommt infolge einer besonderen Bedeutung, da bereits an diesem Sonntag eine Vorentscheidung fallen sollte. Es spielen:

Falke Oels in Gandau. Am Vorkampt konnte Falke einen überzeugenden 6:0-Sieg über Adler herausheben. In Oels treffen sie aber auf einen Gegner, dem eine größere Spielerfahrung zu eigen ist. Will Falke Gruppenbesten werden und damit die Teilnahmeberechtigung am Endspiel um Breslauer Meisterschaft erringen, dann müssen sie Oels schlagen. Der Lärm nach sollte das möglich sein, wenn Falke eine gute Gesamtleistung aufbringt. **16.00 Uhr.**

Südost-Tasmania in Oltaschin. Dieses Spiel wird mit großer Spannung erwartet, da Tasmania am Sonntag VfB fast überaus hatte. Südost hat in der letzten Zeit einige Spieler verloren, sodass die Aussichten als tatsächlich offen zu bezeichnen sind. Trotz der Verluste schätzt man aber Südost immer noch als so stark ein, daß sie, wenn auch erst nach schwerem Kampf, Tasmania schlagen sollten. Verschiedener Umstände halber ist dieses Spiel auf nachmittags **13.30 Uhr** gelegt worden.

Überaus stark ist der übrige Spielbetrieb. Um **15.00 Uhr** spielen in Strehlen die Sportfreunde-Schwarzweiß. Hier sollte Sportfreunde zu einem knappen Erfolg kommen. — Im Stadion sind Stern und Sil-Kick die Gegner, wobei man ohne weiteres Stern als Sieger erwartet. Das Spiel beginnt um **15.15 Uhr**. — Um **15.30 Uhr** wird in Gandau VfL-1924 antreten. Hier kann man einen Sieger nicht nennen. — Sparta hat um **15.30 Uhr** auf eigenem Platz FSB als Gegner. Den Leistungen der letzten Zeit entsprechend, wird ein Unentschieden erwartet. — Zu einem leichten Siege wird Sturm in Maria-Höfen kommen. Entrecht ist hier der Gegner, der um **15.30 Uhr** antritt. — Union tritt in Schmolz an und sollte sicher über Freiheit gewinnen. Spielbeginn **15.30 Uhr**. — Rosenthal hat auf eigenem Platz um **15.30 Uhr** Rapid als Gegner. Hier wird sich besonders das Kräfteverhältnis zwischen dem 2. der zweiten Klasse und dem vorletzten der ersten Klasse beweisen müssen. — Alemannia ist in Sacrau bei Herald zu Gast und dürfte sicher unterliegen. **15.30 Uhr**. — Um **15.00 Uhr** hat der VfB Wohlau, Oberrig auf eigenem Platz zum Gegner. Dem Stärkeverhältnis nach müßte Wohlau den Sieger stellen. — In Grünliche sollte sich zwischen den gleichstarken Mannschaften von Blaugelb und Akania ein interessanter Kampf entwickeln, der um **15.30 Uhr** beginnt. — Um **16.00**

Uhr will Diana versuchen, gegen Gallowen in Steine ein günstiges Resultat herauszuholen. — Einen schweren Gang hat Gallowitz vor, denn es erscheint kaum möglich, 1928 in Goldschmiedes schlagen zu können. **15.30 Uhr**. Rollstühle müßte die Form nach über Ganth zu einem sicheren Siege kommen, zumal das Spiel um **15.30 Uhr** in Rothauhen stat findet. — In Herrnsprotch sind Herrnsprotch und Einheit die Gegner, die ab **15.15 Uhr** um den Sieg ringen werden. In Tachirne werden sich Janowitz und Groß Nadditz um **15.00 Uhr** ab einem ausgeglichener Kampf bekämpfen. — Fortuna — Donslau ist in Marsdorf zu Gast und sollte knapp unterliegen. **15.00 Uhr**. — VfR tritt in Grabichen, Heria an. Sie haben aber keine Aussicht auf Sieg. **15.00 Uhr**. — Spannender wird der Kampf am Bäckereich in Kewel zwischen 1921 und Vorwärts verlaufen, da beide Mannschaften über dieselbe Spielstärke verfügen. **15.00 Uhr**. — Namslau hat die kampfkräftigste Mannschaft von Ohlau zu Gast und wird alles zeigen müssen, um günstig abzuschneiden zu können.

Fußball-Notizen
Schiedsrichtervereinigung. Wir bitten zu beachten, daß sich die Ordner, Linienrichter und der Schiedsrichter Nr. 67 zu dem Spiel Südost-Tasmania erst um **12.30 Uhr** in Oltaschin treffen, da das Spiel ungelegt worden ist. In Gandau leitet Schiedsrichter Nr. 201. Vor dem Spiel Falke-Oels spielt um **9.00 Uhr** VfL Schuler-Stern Schuler. Zu dem Spiel am 1. anabend Rotweil am Westpark hat der Schiri Nr. 109 als Leiter zu erscheinen.
Freie Sportfreunde. Der Faß Nr. 33 952, lautend auf den Genossen Friedrich Tondok, ist verloren worden und gilt als gesperrt.
AFV Pfeil. Freitag, 28. Oktober, 20 Uhr, Vollversammlung bei Lorenz, Steinauer Straße 32.

Handballserienspiele für Sonntag, den 30. 10. 32

Männer-A-Klasse, Gruppe I:
10.40 Uhr: 6. Abt. II—Ohlau I, Ostpark, 55.
10.45 Uhr: 1. Abt. II—Dt. Lissa I, Eichenpark, 4.
14.30 Uhr: Südost I—9. Abt. II, Klettendorf, 25.
14.30 Uhr: 5. Abt. I—Sil-Kick I, Brückenaue, 11.
Gruppe II:
9.00 Uhr: 1911 I—2. Abt. I, Brückenaue, 3.
9.00 Uhr: 1897 I—1. Abt. I, Lohewiese, 16.
14.50 Uhr: 1925 I—Fr. Schwimmer II, Brückenaue, 5.
Gruppe III:
10.50 Uhr: Stabelwitz I—5. Abt. II, Stabelwitz, 44.
10.50 Uhr: 1925 II—9. Abt. I, Brückenaue, 8.
14.30 Uhr: 4. Abt. I—8. Abt. I, Lohewiese, 2.
14.45 Uhr: 6. Abt. I—Schwimm. I, Ostpark, 45.
Männer-B-Klasse, Gruppe I:
9.30 Uhr: Strehlen II—Ohlau II, Strehlen, 19.
13.30 Uhr: Stabelwitz IV—Südost II, Stabelwitz, Marschwitz.
13.30 Uhr: 6. Abt. III—Hundsfield I, Ostpark, 1911.
13.30 Uhr: Sil-Kick, III—Dt. Lissa II, Stadion, 2. Abt.

Gruppe II:
9.40 Uhr: 1925 IV—Sil-Kick, II, Brückenaue, Hundsf.
10.00 Uhr: 2. Abt. II—Marschwitz I, Ostp., 4. Abt.
10.45 Uhr: Strehlen I—Stabelw. II, Strehlen, 19.
14.45 Uhr: 7. Abt. II—Nordost I, Eichenpark, 1925.

Gruppe III:
8.30 Uhr: 1925 III—12. Abt. I, Brückenaue, Fr. Schwimmer.
6.30 Uhr: 6. Abt. IV—4. Abt. II, Ostpark, Sil Kick.
14.45 Uhr: 8. Abt. III—Marschw. II, Helmutwiese, 2. Abt.
14.45 Uhr: Stabelwitz III—9. Abt. III, Stabelw. I Abt.
14.45 Uhr: Fr. Schwimmer, III—7. Abt. III, Stadion, 6. Abt.

Jugendklasse:
9.00 Uhr: Dt. Lissa 5. Abt., Dt. Lissa, Stabelwitz.
9.30 Uhr: 1. Abt.—7. Abt., Eichenpark, 7. Abt.
9.40 Uhr: 8. Abt.—4. Abt., Helmutwiese, 1897.
13.00 Uhr: 1925—Stabelwitz, Brückenaue, 1897.
13.30 Uhr: Fr. Schwimmer—12. Abt., Stadion, 5. Kick.

Sportlerinnen:
10.00 Uhr: VfB—9. Abt., Oltaschin, Südost.
14.30 Uhr: 3. Abt. I—2. Abt. I, Brückenaue, I. Abt.
14.30 Uhr: FSB—4. Abt., Bebelpark, 12. Abt.
14.45 Uhr: Sil-Kick—3. Abt. II, Stadion, 1925.

Schüler, A-Klasse:
9.30 Uhr: Stabelw. I—5. Abt., Stabelw., Verein.
10.00 Uhr: II. Abt.—2. Abt., Owitz-Dorf, Verein.
13.30 Uhr: 8. Abt.—12. Abt., Helmutwiese, Verein.
14.10 Uhr: 1925 I—6. Abt. I, Brückenaue, Verein.

Schüler, B-Klasse:
9.40 Uhr: 6. Abt. II—9. Abt., Ostpark, Verein.
10.00 Uhr: Nordost—Dt. Lissa, Brückenaue, Verein.
10.00 Uhr: Neukirch—1925 III, Neukirch, Verein.
13.30 Uhr: 7. Abt.—1925 II, Eichenpark, Verein.

Handballverhandlungsausschuß:
Montag, 31. Oktober, haben folgende Genossen zu erscheinen: **19.30 Uhr:** Schiedsrichter der 5. Abt. Schiri Gablitz 4. Abt. — **19.45 Uhr:** Linke Friedrich, Südost, Schiri — **20.00 Uhr:** Hübers 5. Abt., Schiri Schöbe und Zeugen. — **20.20 Uhr:** Mannschaftsführerin der 9. Frauenabt. Schiri Frenzels 4. Abt. — **20.30 Uhr:** Kurt Neumann 5. Abt., dazu Heinze 12. Abt. — **20.45 Uhr:** Mannschaftsführer der 8. Abt. II und 1897 I, dazu Schiri Ulrichs 4. Abt. — **21.00 Uhr:** Mannschaftsführerin von Sil-Kick, Schiri Gewiese-Schwimmer. — **21.20 Uhr:** Mannschaftsführer von Südost I, dazu Fichte-Deutsch Lissa. — **21.40 Uhr:** Birker 7. Abt., Bauch Oskar, Günzel Kurt, Loch Alfred, Günzel Willi, sämtlich 1. Abt. sowie beide Mannschaftsführer, dazu Schiri Fabian 8. Abt. — **22.00 Uhr:** Gebauer Walter 6. Abt., Mannschaftsführer der 6. und 9. Abt. und Schiri Guhr 5. Abt. — **22.30 Uhr:** Henkel Walter 5. Abt., sowie Mannschaftsführer der 5. Abt. II, Schiri Gawlik Erwin 1925. — Zeugen stellt jeder Verein selber. Pässe muß jeder mitbringen, sonst keine Verhandlung.
Handballschiedsrichter-Vereinigung:
Heut 20 Uhr, Schiedsrichter-Vollversammlung.

Kleine Sportnachrichten

Freie Kanu-Vereinigung Breslau e. V.:
Sonntag früh 9 Uhr, treffen sich alle Mitglieder mit Fahrrad zur Kartoffel- und Heringspartie am Mauritzplatz. Wer nicht mitfährt ist **14 Uhr** im Bootshaus.

Arbeiter-Rads und Kraftfahrerbund „Solidarität“ Ortsgruppe Breslau.
Die Generalversammlung der Ortsgruppe findet Mittwoch, 26. Oktober, 20 Uhr, im Zoo-Albital, Westendstraße 50/52, statt. Jedes Bundesmitglied muß daran teilnehmen.

Abteilung Klein Gandau:
27. Oktober, Generalversammlung der Abteilung bei Rathmann in Klein Gandau.

Abteilung Durrzog:
23. Oktober, Fuchsjagd der Abteilung. Start **14 Uhr**, am Vereinslokal.

Jugendabteilung:
23. Oktober, letzte Ausfahrt ohne Ziel. Start **13.30 Uhr**, am Matthiasplatz.

Kraftfahrerbteilung:
23. Oktober, Ausfahrt ohne Ziel. Start **13 Uhr**, am Vereinslokal.

Arbeiter-Rads u. Kraftfahrerbund „Solidarität“, Ortsgruppe Brochauerbach: Sonntag, den 23. 10., 15.30 Uhr, Generalversammlung bei Tauba.

Arbeiter-Samariters-Kolonie Groß-Breslau: I. Abteilung: Sonnabend, den 22. 10., Mitgliederversammlung um 20 Uhr bei Mally, Westendstraße 57.

Breslauer Volksbühne, e. V.

Am kommenden Sonntag findet für die Mitglieder der Volksbühne die 4. Führung durch die Gerhart Hauptmann-Ausstellung im Kunstgewerbemuseum statt, deren Anfang für **10 Uhr**, d. h. also eine Stunde vor Beginn der eigentlichen Besuchszeit, angesetzt ist. Als Eintrittsgeld zur Ausstellung gilt für die Mitglieder der Volksbühne auch bei dieser Führung der ermäßigte Preis von **20 Pf.** gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte an der Ausstellungskasse.

Für die Nachmittag-Vorstellungen der kommenden Sonntags im Stadttheater („Alessandro Stradella“) und in den Vereinigten Theatern (Lobe-Theater: „Spiel im Schloß“; Gerhart Hauptmann-Theater: „Die versunkene Glocke“) erhalten die Mitglieder der Volksbühne Gastkarten zum Preise von **RM. 1.40** bzw. **95 Pf.** — Für die letzten Vorstellungen von „Endlose Straße“ von Sonnabend, 22., bis Freitag, 28. Oktober, erhalten alle Mitglieder Gastkarten zum Einheitspreise von **RM. 1.55** in der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Straße 8a.

STADTTHEATER
Freitag, 19.10.—23
Der Teufelsreiter
Sonnabend, 20.—gegen 22
in vollständig. Neuaufbereitung
Elektra
Sonntag, 15.30—18
(Ermäßigte Preise)
Alessandro Stradella
Sonntag, 19.30—23
Der Teufelsreiter
Werbt
Abonnenten!

LOBETHEATER
Freitag, 20.15—22.55
Stigmund
Sonnabend, 20.15 (u. täglich)
Die endlose Straße
Sonntag, 15.30—17.15
Spiel im Schloß
GERHART-HAUPTMANN THEATER
Täglich 20.15—22.15
Meine Schwester und Ich
Sonntag, 15.30—17.15
Die versunkene Glocke

WALHALLA
Kino am Wassertplatz
Ein Rekord-Programm an Reichhaltigkeit und Schönheit!
1. Der größte Abenteuer-Film
Vier Federn
Heldenmut und Mannestreue
2. Gust. Fröhlich
Max Adalbert
Mein Leopold
Frohinn, Liebe, Humor, Tragik
3. Fox tönende Wochenschau
Fritz Sternberg
Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Vorzugspreis 4.50 statt 7.50
Genossen Beachtet
unsere Inserate!

PROLETON
Grußstraße 20/22 Höfchenstraße 48
Ab Freitag, d. 21. bis Donnerstag, d. 27. Oktober
Erste Vorstellung 4.30 Uhr, letzte Vorstellung 8.45 Uhr.
Charlotte Susa, Hans Rehmann in
Die Pranke
Ein Abenteuer von Spannung, Tempo, Liebe und Humor.
Ein Tonfilm der heutigen Zeit
Es lebe die Freiheit
Eine Parodie in lustigen Bildern auf d. modernen Kapitalismus mit seinen menschenleeren Fabriken.
Neueste Wochenschau
Preise ab 60 Pfg. Erwerbslose Woch. bis 80%
Sonntag, 23.10.: 1/2, 3 Uhr große Kindervorstellung.

Man kauft nur die guten und billigen
Landgraf Schuhe
Schmiedebrücke 2 — 1. Haus vom Ring

Warum Prager?
Bei Prager ist immer flotter Betrieb, daher bringt Prager fortgesetzt modernste Kleidung und stets die niedrigsten Preise für seine anerkannt guten Qualitäten ---
L. PRAGER
das zuverlässige Fachgeschäft für Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung
Breslau Albrechtstraße 51
seit 73 Jahren

KAFFEE HAG
der coffeinfreie Bohnenkaffee
Stets frisch bei:
Paul Biehl
Kolonialwaren
9% Rabatt
Aisenstr.13 und Aisenstraße 89

MAX HANSEN
JENNY JUGO
IN
Wer nimmt die Liebe ernst..
kannst Du am Sonntag um 10 Uhr in der Morgenfeier der PKG im Zentralballsaal, und um 10 1/2 Uhr im PromenadenKino sehen.

Die behütete Reichsverfassung

Berlin, 19. Oktober.
CNB. Die Kundgebung der „Roten Hilfe“, die heute abend im „Frankfurter Hof“ stattfand, wurde gegen 10 Uhr polizeilich aufgelöst, da einer der Redner in seiner Ansprache die Reichsverfassung verächtlich gemacht hatte. Die Auflösung verlief ohne Zwischenfall. Der Redner wurde zwangsgestellt und der politischen Polizei zugeführt.

Wir verstehen nicht recht, was man heute noch an einer Verfassung „verächtlich machen“ kann, von der doch nach dem Willen der führenden Männer nichts mehr übrig bleiben soll. Papens Wege sind wunderbar ...

Nicht mal eine Antwort

Berlin, 19. Oktober.
CNB. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird Reichspräsident von Hindenburg den gestern vom „Vorwärts“ veröffentlichten Brief des früheren Reichspräsidenten Löbe, der gegen die Verfassungsreformvorschläge der Regierung protestiert, nicht beantworten. Man hält es in politischen Kreisen für möglich, daß der Reichskanzler in einer seiner nächsten Reden auf dieses Schreiben Löbes eingehen wird.

Wieder Polizei im Karl Liebknecht-Haus

Berlin, 19. Oktober.
CNB. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht findet seit heute vormittag eine Durchsuchung der City-Druckerei des Karl-Liebknecht-Hauses statt. Der Grund zu dieser Aktion ist, weiteres Beweismaterial zu einem bei dem Reichsgericht schwebenden Verfahren zusammenzutragen. Die Rotationsdruckmaschine der City-Druckerei wurde beschlagnahmt, da durch Sachverständige festgestellt wurde, daß auf ihr Schriften hochverräterischen Inhalts gedruckt worden sind.

„Volkskongresse“ der KPD

Die unlängst ohne Anteilnahme der Öffentlichkeit stattgefundene Plenartagung der Kommunistischen Internationale hat die KPD „verpflichtet, mit der größten Energie an die Beseitigung der Schere zwischen den gefassten Beschlüssen und ihrer Durchführung heranzugehen“. In eine für Proleten verständliche Sprache übersetzt, heißt das: die KPD nimmt bei der Beschlussfassung und Berichterstattung den Mund mehr als voll, um sich bei der Durchführung der Beschlüsse impotent, d. h. leistungsunfähig zu erweisen.

Die Dresdner KPD-Strategen nehmen trotz dieses Beschlusses weiter den Mund mehr als voll. So haben siele etzthin für Groß-Dresden einen „Volkskongreß“ von „fast tausend Delegierten“ durchgeführt.

Was die KPD hier als einen „Volks-“ oder gar „Kampfkongreß“ in die Welt posant, ist eine sicherlich gut organisierte und relativ gut besuchte Wahlversammlung der KPD gewesen, weiter nichts. Es verlohnte sich nicht, auf diesen „Kongreß“ ohne Diskussion(!) einzugehen, wenn uns nicht die Aufgabe obliegen würde, die Arbeiterklasse zu lehren: die proletarische Revolution kann nie und nimmer durch dergestaltetes Theater organisiert und zum Siege geführt werden.

Nazi Tumulte in Koburg

Koburg, 19. Oktober.

In der Oberen Judengasse kam es gestern nachmittags nach dem Abmarsch der Nationalsozialisten vom Sportplatz, wo das NSDAP-Treffen stattfand, zu größeren Ansammlungen vor dem Volkshaus, das eine schwarz-rot-goldene Fahne geblüht hatte. Es wurden fünf Fenster-scheiben durch Steinwürfe zerstört, und die Demonstranten versuchten auch gewaltsam in das Haus einzudringen. Sie wurden jedoch von der Polizei nach dem Marktplatz zurückgedrängt. Dabei gab es sowohl auf Seiten der Polizei wie auch auf Seiten der Nationalsozialisten mehrere Verletzte. Nach den polizeilichen Feststellungen waren die Angestellten fast durchweg Berliner SA-Leute. Insgesamt wurden 16 Personen zwangsgestellt.

Demonstrationsverbot in Wien

Wien, 19. Oktober.

WTB. Der Staatssekretär für das Sicherheitswesen hat die Wiener Polizeidirektion angewiesen, in Wien alle Kundgebungen, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel, die von der sozialdemokratischen, der kommunistischen oder der nationalsozialistischen Partei veranstaltet werden, mit Rücksicht auf die Simmeringer Vorfälle zu untersagen.

Mussolinis „Gnade“

Rom, 19. Oktober

Ein Gnadenmaß Mussolinis zu Ehren der Zehnjährfeier des Faschismus wird hier veröffentlicht. Aber er bedeutet eine schwere Enttäuschung, denn erwartet wurde allgemein ein großzügiger Gnadenmaß für jene Tausende von politischen Gegnern, die in der Verbannung auf den Inseln oder in den Gefängnissen schmachten. Obwohl wurde jedoch nur für Mitglieder der Faschistischen Partei eine Amnestie beschlossen, die durch zeitweise Aufhebung der Mitgliedschaft oder Entziehung der Mitgliedskarte vom Parteisekretär aufgelegt waren.

Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 19. Oktober.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson hat den Regierungen, die an der Abrüstungskonferenz teilnehmen, heute offiziell mitgeteilt, daß der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz in der Woche nach dem 21. November zusammentreten wird. An den englischen Außenminister Simon als Vorsitzenden des Organisationskomitees der Weltwirtschaftskonferenz hat Henderson ein Schreiben gerichtet, worin er bittet, daß die Regierungen zu der Weltwirtschaftskonferenz möglichst andere Delegierte als zur Abrüstungskonferenz entsenden mögen, damit beide Konferenzen ungestört ihre Arbeiten verfolgen können.

Wassersport — mit Kleinkaliberschießen

Das Reichskulturamt für Jugend-erziehung wird, wie amtlich mitgeteilt wird, seine Aufgaben auch auf den Wassersport ausdehnen. Neben den Landessportvereinen werden auch Wassersportvereine in Betrieb genommen werden. Außer Leibes- und Ordnungsbildung und Kleinkaliberschießen werden in diesen Wassersportvereinen seemannische Kenntnisse vermittelt werden, seemannische Ausdrücke und Begriffe, Rudern und Steuern von Booten, seemannische Signale, der Gebrauch der Seekarten und des Kompasses und die Fahrwasserbezeichnungen.

Neuwahl in Genf

Genf, 19. Oktober.

WTB. Der Völkerbundrat hat heute in einer geheimen Sitzung den stellvertretenden Generalsekretär Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes als Nachfolger Sir Eric Drummonds einstimmig gewählt. Die Bestätigung der Wahl wird durch die Völkerbundsversammlung im November erfolgen.

Kleine Nachrichten

London, 19. Oktober.

WTB. Wie verlautet, wird Henderson von der Führung der Arbeiterpartei zurücktreten, das Amt eines Sekretärs und Schatzmeisters der Partei jedoch weiter behalten. Als Nachfolger Hendersons wird der jetzige Vorsitzende der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei, Landsbury, genannt.

Was will die SAP?

Unter diesem Titel hat der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der Sozialistischen Arbeiterpartei (Berlin O 27, Magazinstr. 12a) eine Broschüre herausgegeben, die einen Umfang von 32 Seiten hat und zum Preise von 10 Pf. vertrieben wird.

Die Broschüre enthält die Prinzipien-erklärung und das Aktionsprogramm, also die beiden programmatischen Grundlagen der Sozialistischen Arbeiterpartei, die auf dem I. Parteitag in Berlin zu Ostern dieses Jahres beschlossen wurden. Gerade in der jetzigen Situation und im Wahlkampf ist es besonders wichtig, daß diese Gedanken der SAP geistiger Besitz jedes Mitgliedes werden und darüber hinaus Verbreitung in den Arbeitermassen finden. Die Herausgabe dieser billigen Broschüre ist daher schon aus diesem Grunde lebhaft zu begrüßen.

Aber die Broschüre enthält darüber hinaus einen Beitrag, der allzu bescheiden als ein Vorwort bezeichnet wird, tatsächlich aber eine selbständige und wichtige Arbeit des Genossen Paul Frölich ist. Genosse Frölich gibt auf annähernd 20 Seiten in glänzender Form und ausgezeichnete Zusammenfassung eine Abgrenzung der SAP gegen SPD und KPD, indem er die verfehlte und verhängnisvolle Politik dieser beiden großen Arbeiterparteien seit dem Jahre 1918 sachlich und eindrucksvoll darstellt. Im Anschluß an diese kritische Auseinandersetzung, die die wichtigsten Argumente knapp und einleuchtend zusammenträgt, gibt Genosse Frölich eine kurze Darstellung der Grundsätze und Ziele unserer Partei.

Die kleine Schrift gehört unbedingt in die Hand jedes Genossen, als Mittel der Selbstschulung und als Grundlage für die weitere Aufklärungsarbeit. W. F.

Gummknüppel gegen Hungernde



Die Hüter der Staatsautorität vor einer von den Arbeitslosen gestürzten Bäckerei. In London kam es zu schweren Arbeitslosen-Unruhen, als die Polizei mehrere Demonstrationszüge auflösen wollte. 20 Personen, darunter 5 Polizeioffiziere, wurden verwundet. Dies sind seit langem die ersten blutigen Unruhen, die London erlebte. England war bisher dank der Bremsarbeit der Reformisten als das Land bekannt, in dem der revolutionäre Widerstand der Massen nur selten von der Bourgeoisie wahrgenommen werden konnte.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

75) Ein deutscher Roman von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 30
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Vervielfältigung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Aber es ist kein Witz. Der Mann mit dem unordentlich hängenden Schnurrbart, der zwar ein wenig mager und schlank, aber sonst ganz manierlich aussieht, die Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten, die immer lauter werdenden Massen auf der Straße, sind Tatsachen, die sich nicht wegdisputieren lassen. Und daß die Polizei nicht helfen kann, hat man schon festgestellt.

Endlich bricht einer das Schweigen. Auch die übrigen Herren finden ihre Sprache wieder, und alle sind sehr höflich und bereitwillig:

„Es stimmt wohl, was Sie sagen, mein Herr!“

„Es kann wie früher wohl nicht weitergehen.“

„Ja, das muß wohl jetzt so sein!“

„Also, wir übernehmen die Zeitung. Wo ist die Setzerei?“

Dienstfertig springt ein Redakteur auf und führt den ungebeten Besuch in die Setzerei und Maschinensäle hinüber. Eine kurze Ansprache an die Belegschaft — die Arbeiter erklären sich mit dem Redaktionswechsel einverstanden. Die Soldaten gehen zurück und postieren sich unten am Eingang. In der Setzerei geht Duncker mit seinem Freund an die Arbeit. Sie ziehen sich ihre Jacken aus, beugen sich über den schon fertigen Satzspiegel der Abendausgabe des „Lokalanzegers“ und berechnen die Stellen, die wieder herauszunehmen sind, um durch Berichte über die Revolution ersetzt zu werden.

Duncker entwirft den Text für ein orientierendes Flugblatt, einen zweiten Text für einen kleinen Handzettel, der für den Abend zu einer Massenversammlung im Zirkus Busch

aufruft. Dann telefoniert er mit Meyer und anderen Genossen der Sportakusleitung, um weitere Kräfte für die Redaktion und Redner für die Abendversammlung im Zirkus Busch heranzuziehen.

Die Herren vom Scherl-Verlag, die bis zuletzt für die Verlängerung des Krieges eintraten und jede Äußerung des Volkswillens unterschlugen, sind froh, mit heiler Haut davongekommen zu sein, und verlassen eiligst das Haus.

Die aus den östlichen Industrievororten anmarschierenden Proletariatszüge sind zu einer Heersäule von dreißigttausend Menschen angewachsen und haben das im Zentrum Berlins gelegene Polizeipräsidium erreicht. Sie umlagern das riesige Gebäude, eine breite Zunge leckt durch das Portal auf den Lichthof hinauf. Die Polizisten schnallen ihre Säbel ab; sie können sie gar nicht schnell genug loswerden. — Säbel, Revolver, Patronentaschen, Koppelzeuge türmen sich zu einem immer höher werdenden Haufen. Und die Soldaten der Jägerkompanie, die vor einem Tag zur Verstärkung der Polizeimacht im Präsidium untergebracht worden sind, raffen ihre Habseligkeiten zusammen, packen ihre Tornister und rüsten sich, um in ihre Heimat zurückzufahren.

Während die Demonstranten die Waffen an sich nehmen und sich durch das Labyrinth von Gängen und Treppen zu dem Flügel hinsetzen, auf dem die Gefängniszellen liegen, sind im Vorzimmer des Polizeipräsidiums eine Anzahl höherer Polizeioffiziere versammelt und verhandeln mit dem Unabhängigen Eichhorn.

Der Unabhängige verlangt Übergabe des Polizeipräsidiums mit all seinen Einrichtungen und Fortführung des Betriebes unter einer von revolutionärer Seite eingesetzten Leitung.

Regierungsrat Dr. Abegg, der für die Polizeioffiziere verhandelt, erklärt: „Vorher ist schon eine rechtssozialistische Deputation im Polizeipräsidium gewesen. Die wollte sich mit der Entwaffnung der Schutzmannschaften begnügen.“

Aber Eichhorn besteht auf seiner Forderung.

Nach einer kurzen Aussprache erklärt der Regierungsrat sich mit allen Punkten der Forderung einverstanden und diktiert einem Schreiber den gewünschten Wortlaut in die Maschine. Er geht mit dem Dokument ins Nebenzimmer, um es vom Polizeipräsidenten gegenzeichnen zu lassen.

Wenige Minuten später überreicht er Eichhorn das vom Polizeipräsidenten v. Oppen unterfertigte Dokument: „Herr v. Oppen ist völlig zusammengebrochen und bittet, auf eine persönliche Aussprache zu verzichten. Er läßt sagen, daß er sein Abschiedsgesuch eingereicht habe und sofort den Dienst verlassen werde.“

Durch Moabit marschiert eine große bewaffnete Truppe — die im Zellengefängnis befreiten Matrosen, Feldgrauen, Arbeiter, angeführt von Richard Müller, der bis zum Januarstreik Vorsitzender der Revolutionären Obleute war. Neben ihm geht ein Mann, der ein erschreckend mageres Gesicht hat. Müller hat ihn vor einer Stunde zum erstenmal gesehen, aber gemeinsam haben beide den Zug zusammengestellt und gemeinsam führen sie ihn an.

Der Metallarbeiter Müller ist als Kandidat der USP vor wenigen Tagen von der Front reklamiert worden. Der andere hat bis heute in einem Geschäft für Droschkenruhren Adressen geschrieben. Als Kriegsfreiwilliger war er verwundet zum Offizier befördert worden; später versuchte er, fahnenflüchtig, als „wilder Kämpfer“ nach Frankreich überzulaufen und stellte sich schließlich dem Gericht, um seine Strafe zu erhalten und abzusetzen.

Richard Müller und Heinrich Dorrenbech marschieren mit ihrer zusammengewiesenen Truppe der inneren Stadt zu, um den Reichstag zu besetzen. An der Moltkebrücke stoßen sie auf eine vergessene Abteilung Gardeschützen. Die Soldaten denken nicht daran, die Brücke zu verteidigen. Sie werfen ihre Gewehre in die Spree, einige schließen sich der Revolutionstruppe an.

So gelangen sie ungehindert bis zum Reichstag.

Unter Hochrufen marschieren sie ein. In der Wandelhalle macht die Truppe Halt.

Müller hält eine kurze Ansprache und erklärt, daß sie auf alle Fälle beisammen bleiben und den Reichstag besetzt halten müssen. Er werde sofort zu den Unabhängigen hinaufgehen und dem Vorstand von der Existenz der Truppe Mitteilung machen. Dorrenbech meint, zuerst müssen wir mal was zu essen besorgen.

Die Soldaten stellen ihre Gewehre zu Pyramiden zusammen und stehen verloren vor dem Marmorstandbild Wilhelms I., einige hocken sich auf den Teppich. Die morgens mit Lastwagen eingetroffenen Matrosen, denen noch die nächtliche Fahrt durch den Nebel in den Knochen steckt, legen sich lang und versuchen zu schlafen.

Ein nicht abreißendes Getriebe jagt vorbei, Parlamentarier, Journalisten, Soldaten, Volk — durch die Wandelhalle, durch das Restaurant, durch den großen Plenarsaal, die Treppen hoch, die Gänge der Obergeschosse entlang, in denen die Fraktionszimmer liegen.

In einem Zimmer bildet sich ein Ernährungsausschuß, in einem anderen ein Wohlfahrtskomitee. Kommissionen tagen, deren Daseinszweck niemand kennt, die sich in kurzem wieder auflösen oder in andere Räume übersiedeln. In Zimmer 18 tagt der Vorstand der Unabhängigen, in Zimmer 15 der Vorstand der Sozialdemokraten, im Nebenraum findet eine Versammlung von Soldatendelegierten statt, die der Abgeordnete Weis, der nach seinem Erfolg bei den Naumburger Jägern von Kaserne zu Kaserne gefahren ist, eilends zusammengerufen hat.

Das Zimmer der Soldatendelegierten ist blau von Tabakqualm.

Es ist schwer, in diesem Getümmel von Gesichtern und durcheinander schreitenden Menschen zu verstehen, um was es hier eigentlich geht. Ein Soldat spricht von glitschigem Brot, ein zweiter von einem Leutnant Schneider, ein dritter von einem betrügerischen Küchenunteroffizier, ein vierter von der Abschaffung des Grubzwanges, andere wollen wissen, ob die Löhne weiter ausbezahlt wird, ob die Rationen nicht verdoppelt werden können, ob sie bald nach Hause entlassen werden ... (Fortsetzung folgt)

Das internationale Heer der Arbeitslosen

A. H. Millionen Arme verlangen Arbeit, Millionen hungern in allen Ländern der Welt bei vollen Scheunen, riesige Mengen Nahrungsmittel und andere wichtige Produkte werden täglich vernichtet, immer mehr zeigt sich, daß das kapitalistische System abgewirtschaftet hat und aus der Sackgasse, in die es sich vorant hat, nicht mehr herauskommt. Gewaltige Produktionsverlagerungen und enorme Rationalisierung haben zu dieser schürftigen aller Krisen wirkungsvoll beigetragen, aber immer noch wird derselbe Weg fortgeschritten, immer noch schaltet man durch dieselben Methoden, die diese ungeheure Arbeitslosigkeit und dieses Elend mitverschuldet haben, Hunderttausende von Arbeitern aus dem Produktionsprozess aus. Ganze Gewerbe und Berufe, ja ganze Industrien sind in den letzten zwei Jahren zum Erliegen gebracht.

Wie diese Produktionsschrumpfung zur Verschärfung und Vergrößerung des Arbeitslosenheeres beiträgt, zeigt die folgende Tabelle. Die Zahlen sind zusammengefasst nach Angaben des IAA (des Internationalen Arbeitsamtes) und dem IGB (dem Internationalen Gewerkschaftsbund) und sonstigen Presseberichten.

Übersicht über die Arbeitslosenziffern von 1929-1932

	Ende 29	Ende 30	Mitte 31	Mitte 32
Deutschland	2850000	4383000	5250000	7160000
Ver. Staaten	3000000	7500000	9000000	11460000
England	1344000	2450000	2697000	3100000
Belgien	15700	63000	159915	333485
Italien	408000	642000	637792	982300
Norwegen	22000	27000	27012	30963
Polen	185000	300000	194364	350000
Rumänien	7000	42700	27869	33679
Schweden	13300	23000	65985	105700
Tschechoslow.	52800	400000	215040	480000
Palästina	2250	17750	36050	20700
Japan	292000	375000	391377	481589
Australien	56800	102900	113000	127528
Kanada	19800	120000	57530	73573
Frankreich	—	350000	54128	298472
Saargebiet	—	—	17685	39063
Danzig	—	—	—	31004
Schweden	—	—	30520	94687
Holland	40000	136000	140000	278325
Irland	—	—	21792	72648
Dänemark	20000	71000	74000	149200
Oesterreich	—	—	334364	366365
Neuseeland	—	—	47772	55203
Chile	—	—	23210	90570
Finnland	—	—	37400	44500
Spanien	—	—	—	400000
Island	—	—	931	3137
Jugoslawien	—	—	6672	9940
Ungarn	—	—	43026	56985

Interessant ist auch die Berechnung der prozentualen Steigerung der Arbeitslosigkeit von Ende 1930-1931 und von je 100 Erwerbstätigen in den Gewerkschaften.

Von je 100 Erwerbstätigen waren 1930-31 arbeitslos in:

USA	13-15%
Deutschland	13,3%
England	12,1%
Oesterreich	9,2%
Australien	7,8%
Tschechoslowakei	6,2%
Italien	5,6%
Dänemark	4,8%
Holland	4,4%

Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften

	1930/31	1931/32
Deutschland	34,1%	44,4%
England	—	—
USA	27	34,4%
Australien	27,6%	30,0%
Schweden	12,4%	19,5%
Neuseeland	15,6%	21,8%
Kanada	16,2%	21,8%
Dänemark	12,2%	16,0%
Tschechoslowakei	17,6%	25
Ungarn	15	20
Holland	29	30,3%

Prozentuale Steigerung der Arbeitslosigkeit von Ende 1930 bis Ende 1931.

Frankreich	67,5%	Rumänien	30%
Neuseeland	50,8%	Ungarn	36%
Lettland	116%	Deutschland	29%
Holland	94%	Norwegen	28%
Schweden	87%	Dänemark	28%
Finnland	73%	Kanada	25%
Belgien	62%	Irland	18%
Tschechoslow.	57%	Australien	13%
Italien	53%	Oesterreich	12%
Island	49%	Japan	8%
Jugoslawien	45%	England	7%
Schweden	39%	Polen	4%

In diesen Statistiken tritt die unvollkommene Berichterstattung stark in Erscheinung und gibt leider kein klares Bild über die wirklichen Arbeitslosenziffern. In vielen Ländern gibt man eben nur die bei den Arbeitsämtern, den Arbeitslosenkassen oder bei den Gewerkschaften gemeldeten Arbeitslosen an. Trotz dieser ungenauen Berichterstattung und der oft schwankenden Zahlen geben die obigen Zusammenstellungen ein erschütterndes Bild. In Deutschland, USA, England und Italien werden die wirklichen Ziffern noch viel höher liegen. Die Ziffern für Frankreich können insofern stimmen, da ein großer Teil der Arbeitslosen 1930 Ausländer waren, die man inzwischen aus Frankreich abgeschoben hat. Leider fehlten uns die Ziffern über China, Indien und Spanien, um auch hier eine bessere Übersicht zu bekommen, immerhin aber gewähren die obigen Zahlen einen guten Ueberblick über den Stand der Arbeitslosigkeit und

ihre Entwicklung, die von jedem Arbeiter verfolgt werden sollte und dazu beitragen muß, unsere Arbeit für die Arbeiterbewegung und insbesondere für die Befreiung der Arbeitslosen zu stärken. Ein besonderes Kapitel ist und bleibt

die Unterstützung

dieser Armeen des Hungers und des Elends. Erst mit der Verschärfung und der Dauer der Arbeitslosigkeit tritt die Versorgung der Arbeitslosen in den Vordergrund der Erörterungen in allen davon betroffenen Ländern. Die ganze Brutalität und Rücksichtslosigkeit des Kapitalismus richtet sich gegen die Opfer der Krise und Arbeitslosigkeit. In Amerika kennt man keine Unterstützung seitens des Staates für die Arbeitslosen, die Gewerkschaften haben erst jetzt von der Regierung die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung verlangt, genau wie in Schweden, Frankreich, Spanien und anderen Ländern. Traurig sind die Verhältnisse der Arbeitslosen in Ungarn, Polen und den Balkanstaaten, wo die ganze Versorgung der Arbeitslosen fast nur in Naturalien besteht. Ueber die Länder mit Arbeitslosenversicherung — ob „Zwang“- oder freiwillige Versicherung — gibt die folgende Statistik einen guten Ueberblick, wo auch die Notwendigkeit der Pflichtversicherung klar zum Ausdruck kommt. In den Ländern wie in Belgien, Holland, der Tschechoslowakei und den skandinavischen Ländern, wo das Genter-System vorherrscht (die Gewerkschaften sind dort Träger der Versicherung mit staatlichen Zuschüssen, die jedoch sehr unregelmäßig gezahlt werden), hat gerade diese Krise bewiesen, daß dieses System vollkommen unzureichend ist und auch in diesen Ländern fordern heute die Gewerkschaften den Umbau dieser Versicherungen in staatliche, wo neben dem Staat und der Arbeiterschaft auch der Unternehmer gewisse Anteile zahlen muß.

Übersicht über die Länder mit Arbeitslosenversicherungen

Länder mit Pflichtversicherung	Länder mit freiwilliger Versicherung
Australien 137000	Belgien 628000
Bulgarien 287000	Dänemark 288000
Deutschland 16900000	Frankreich 2040000
England m.Ko. 12384000	Holland 388000
Italien 2600000	Norwegen 43000
Oesterreich 1300000	Tschechoslow. 1129000
Polen 1033000	Schweden (14 Kant.) 1650000
Sowjet-Union 10000000	
Schweden (9 Kant.) 150000	

versch. insges. 44791000 versch. insges. 2841000

Was uns jedoch das Wichtigste an der Behandlung der Frage der Arbeitslosen ist, ist die Erfassung derselben und rastlose Einwirkung in die Front der Arbeiterbewegung, in die kämpfende Front der Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Faschismus. Die Arbeitslosen sind ein entscheidender Faktor in der Politik geworden, der auf keinen Fall unterschätzt werden darf. In geschlossener Kampffront haben Arbeitende und Arbeitslose für die Zukunft gemeinsam für ihre Interessen einzutreten. Die Interessen der Arbeitslosen sind auch die Interessen der Arbeitenden und umgekehrt. Wird der Arbeiterschaft Lohnabbau diktiert, geht es auch um die Senkung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen. Mehr denn je haben sich die Organisationen der Arbeiterbewegung um die Arbeitslosen zu kümmern, um sie in ihren Organisationen und in besonderen Organisationen für die sozialistische Arbeiterbewegung zu gewinnen und zu erhalten.

In England sind die Gewerkschaften zur Gründung besonderer Arbeitslosenorganisationen übergegangen. In den deutschen Gewerkschaften haben der Bergbauindustriearbeiterverband und der Bauergewerksbund die Aufnahme von Erwerbslosen beschlossen. Wann folgen die anderen Gewerkschaften? Auf keinen Fall darf es so kommen

Der Weserschifferstreik geht verschärft weiter

Wir entnehmen dem „Vorwärts“ folgende Notiz:

„Abkommen verlängert

Bremen, 19. Oktober.

Die Tarifmitglieder in der Binnen-schiffahrt der nordwestdeutschen Wasserstraßen, wo seit einigen Tagen ein wilder (II) Streik besteht, haben folgende Vereinbarung getroffen: Die Arbeits- und Lohnbedingungen in der Weserschiffahrt nach den Bestimmungen des Tarifvertrags vom 1. Januar 1931, nebst den am 15. Januar 1932 durch den Sonderschlichter Dr. Voelckers getroffenen Vereinbarungen werden auf unbestimmte Zeit unverändert abgeschlossen. Sie sind mit einmonatiger Frist kündbar, erstmalig zum 31. März 1933.

Die Gewerkschaften haben ihre Mitglieder in dringender Form aufgefordert, den kommunistischen Streik der Schiffer abzulehnen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie warnen des weiteren vor Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, da hierzu kein Grund vorliege.

Trotz der Vereinbarung ist eine Verschärfung der Streiklage eingetreten und nach wie vor liegen sämtliche Schleppzüge still.

In dieser Meldung kommt ein nicht scharf genug zu verurteilendes Verhalten der Leitung des Gesamtverbandes, Sektion Binnenschiffahrt, zum Ausdruck. Man nennt den Streik einen „wild“, obwohl selbst in der „Vorwärts“-Notiz zugegeben werden muß, daß trotz „Vereinbarung“ mit der Verbandsleitung sämtliche Schiffe stilliegen, der Streik also nach wie vor vollkommen ist und verschärft weitergeführt wird.

Das Verurteilungswürdigste aber ist, daß bei dieser Sachlage die Verbandsleitung, die offensichtlich nicht die geringste Verbindung mit den Streikenden hat, ohne die Streikenden bzw. ihrer Streikleitung mit den Unternehmern verhandelt. Eine solche Methode muß die Gewerkschaften bei den kämpfenden Arbeitern verhaßt machen und als Streikbrecherorganisation erscheinen lassen.

Die Weserschiffer kämpfen gegen einen von den Unternehmern mit der Tarifkürzung zum 1. Oktober geplanten 25prozentigen Lohnabbau. Die Schiffer verlangen weiter, daß jede Verschlechterung des Manteltarifs unterbleibt, daß regelmäßiger Urlaub gewährt und die Ueberstunden bezahlt werden.

Die Verbandsleitung hat sich um all diese Dinge nicht gekümmert, sie war und ist völlig losgelöst von den in Frage kommenden Arbeitern und sah ihre ganze Tätigkeit in Verhandlungen mit den Unternehmern. Empört griffen die in ihrer großen Mehrheit nicht kommunistisch eingestellten Weserschiffer zur Selbsthilfe, zur Organisation und Durchführung des Streiks. Eine Situation, die sich bei den Schiffern sonst fast unbekannte RGO um den Streik zu „führen“. Es wäre sicher auch ohne sie zu diesem Kampf gekommen.

Nachdem nun diese Situation eingetreten ist, wäre es Pflicht des Gesamtverbandes gewesen, sofort seine Fehler zu korrigieren, die gewählten Streikleitungen anzuerkennen und mit ihr gemeinsam den Streik zum vollen Erfolg zu führen. Wollte die Verbandsleitung das nicht, dann wäre das mindeste

gewesen, daß sie die Finger völlig von der ganzen Sache ließ. Sie hat weder das eine noch das andere, sondern fiel den Kämpfenden in den Rücken und glaubt jetzt die Früchte des „wild“en Streiks für sich einzehmsen zu können, denn nunfolge des Streiks zeigen sich jetzt die Unternehmern zum Verzicht auf Lohnabbau bereit.

Die Gesamtverbandsmitglieder im ganzen Reich müssen gegen diese Büschleppertaktik dieser Sektionsleitung Sturm laufen.

Lohnraub-Aussperrung

Wuppertal, 19. Oktober.

Die Gesamtbelegschaft des Ri-Ri-Werkes G. m. b. H., Patentverschlußfabrik, in Wuppertal-Barmen, ist von der Werksleitung ausgesperrt worden. Der Aussperrung der 250 Arbeiter und Arbeiterinnen des Unternehmens war ein Teilstreik vorausgegangen, weil die Firma etwa 100 Arbeitern und Arbeiterinnen die Akkordzuschläge kürzen wollte. Der übrige Teil der Belegschaft hatte sich daraufhin mit den Streikenden solidarisch erklärt und trat ebenfalls in den Streik. Als Antwort darauf hat das Werk die gesamte Belegschaft fristlos entlassen.

Arbeiterentlassungen bei den Oder-Werken

Stettin, 18. Oktober.

CNB. Die Stettiner Oder-Werke haben den größten Teil ihrer Stammbeflegschaft entlassen. Als Grund für diese Maßnahme wird das Ausbleiben des Auftrages auf die Verlängerung des Fahrgast-Motorschiffes „Hansestadt Danzig“ genannt. Die Versuche, das Arbeitsbeschaffungsprogramm in der bestehenden Form anzuwenden, um Geldmittel zu bekommen, scheiterten, denn es hätten müssen tüchtige Qualitätsarbeiter entlassen und Hilfskräfte hinzugezogen werden, mit denen eine Garantie für die Sorgfalt und Zuverlässigkeit der Arbeiten nicht übernommen werden könnte.

600 Prozent Bürgersteuer in Köln

Köln, 19. Oktober.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat die Bürgersteuer für das Gebiet der Stadt Köln auf 600 Prozent festgesetzt.

Die endgültige Entscheidung über die Höhe der Bürgersteuer liegt nunmehr in der Hand der Aufsichtsbehörde, der die von der Stadtverwaltung getroffene Entscheidung inzwischen zur Genehmigung unterbreitet worden ist.

Parteigenossen, die bei Linke-Hofmann arbeiten

Freitag, den 21. Oktober, 19.00 Uhr: Wichtige Besprechung im Parteibüro. Parteimitgliedsbuch als Ausweis mitbringen. Sorgt für starken Besuch.

47 200 Rmk. !!

bekommt der Reichskanzler v. Papen ein Gehalt und Dienstverwandtschaftschädigung pro Jahr. Die übrigen Minister der Regierungen des Reiches und in Preußen bekommen nicht viel weniger.

Die Direktoren der großen Banken, der Reichsbahn, der großen Industrietrusts und großen Landwirtschafts-Genossenschaften beziehen Jahresgehälter von mehreren hunderttausend Mark pro Jahr.

Und was hast Du, Landarbeiter und Kleinbauer?

Der Landarbeiter muß mit

höchstens 900 Mark

(Deputat in Geld umgerechnet) seine Familie ernähren. Die große Mehrzahl der Kleinbauern hat an reinem Einkommen auch nicht viel mehr.

Wie lange sollen diese Zustände noch dauern?

wie in USA, wo ein Priester die Arbeitslosen in einer Arbeitslosenpartei zusammenfaßt, um sie für parlamentarische Zwecke zu mißbrauchen und vom Kampf abzuhalten. Oder auch wie in Schweden und Deutschland und anderen Ländern, wo man die jugendlichen Erwerbslosen in den Arbeitsdienst hineinzwängen will und damit dem Gegner der Arbeiterbewegung in die Hände treibt.

Hier liegt das Betätigungsfeld aller Arbeiterorganisationen und vor allem der Gewerkschaften. Hier muß die Arbeit einsetzen, um auch die jugendlichen Arbeitslosen vom Nationalismus fernzuhalten und sie nicht durch den Arbeitsdienst dem Klassengegner auszuliefern.

Schafft die kämpfende Einheit aller Ausgebeuteten, ob Arbeitende oder Arbeitslose, und kämpft für die Gleichberechtigung der Arbeitslosen und rastlose Organisation derselben in den sozialistischen Organisationen, dann erweisen wir dem Arbeitslosenheer den besten Dienst und fördern die Arbeiterbewegung.

Die Zahl der Wiener Arbeitslosen

Die Zahl der unterstützten Wiener Arbeitslosen ist in der ersten Hälfte des Monats September um 2491 auf 109 146 gestiegen und damit um 27 413 höher als im Vorjahr, in welchem in der gleichen Zeitperiode ein Anstieg um 857 zu verzeichnen war.

Aus der britischen Gewerkschaftsbewegung

London, 19. Oktober.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Großbritannien und Nord-Irland ist nach der Statistik des Arbeitsministeriums von 4 824 000 Ende 1930 auf 4 611 000 Ende 1931 gesunken, während sich die Zahl der Gewerkschaften gleichzeitig von 1098 auf 1081 verminderte. Die Verminderung betrug in der Eisen-, Stahl- und Weichblechindustrie fast 16 Prozent, in der Wollindustrie 15 Prozent, in den Bergwerken und bei den Eisenbahnern 10 Prozent. Verglichen mit 1920, wo die Mitgliederzahl der Gewerkschaften einen Höhepunkt erreichte, ist die Mitgliederzahl bis Ende 1931 um 3 728 000 oder fast 45 Prozent gesunken.

In diesen Zahlen kommt genau wie bei den Gewerkschaftsziffern in Deutschland das Versagen der reformistischen Gewerkschaftsführung zum Ausdruck. Weil sie dem revolutionären Kampf auswich, den die Massen 1918 bis 1920 von den Gewerkschaften erwarteten, gingen Millionen von Arbeitern wieder in die Indifferenz. Neuerdings sollen, nach offiziellen Berichten der englischen Gewerkschaften, durch Werbeaktionen die Mitgliederziffern gestiegen sein.

Verantwortlich: Paul Hanack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck Th. Schetzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 I Treppen, Telefon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3 I Treppen, Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Berlin

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 87 Weichsel 2427

Sonnabend, 22. Oktober
8.15 Uhr

Der Hauptmann
von Köpenick

Kleine Anzeigen

In der SAZ sind
erfolgreich
und billig!